Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 M.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 111 — Freitag den 23. Mai 1919. — 45. Jahrg.

Deutschlands Absage an die Geheimdiplomatie.

Die Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann in der großen Protestversammlung auf dem Königsplatz vom Mittwoch ist ihres Inhaltes wegen geeignet, in der Geschichte der Beziehungen der Völker Epoche zu machen. Es ist ein bisher noch nie dagewesener Vorgang, daß der leitende Staatsmann eines Landes vor einer Massenversammlung aus allen Schichten der Bevölkerung Mitteilungen über schwebende diplomatische Verhandlungen von größter Tragweite macht. Das aber hat Scheidemann getan, als er vor Abertausenden von Zuhörern unter freiem Himmel und also vor dem ganzen Volke auf den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge einging, die die deutsche Regierung den unerhörten Friedensbedingungen unserer Feinde gegenüberstellt. Durch dieses Verfahren geschieht nichts geringeres, als daß die Gesamtheit aller Deutschen zu tätiger Mitarbeit an der Gestaltung seiner Zukunft aufgerufen wird, und damit hat sich unsere Regierung in einen bewußten und scharf ausgeprägten Gegensatz zur Entente gestellt.

Es war eine der Hauptforderungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson, daß in Zukunft die Geheimdiplomatie ein Ende haben solle, der zu einem nicht geringen Teile die Schuld an der Katastrophe von 1914 zuzuschreiben ist. Es ist in der Tat allgemach eine Binsenwahrheit geworden, daß heute die Völker zu reif dafür sind, als daß ihr Geschick durch Verträge vorbestimmt werden dürfte, die das Licht des Tages scheuen. Und trotzdem hat Herr Wilson auch in diesem Punkte in Paris eine glatte Niederlage erlitten, denn die schmachvollen und die ganze Welt mit Schrecken erfüllenden Henkersbedingungen des von unseren Feinden formulierten Friedensvertrages sind im strengsten Geheimnis und unter vollkommenstem Abschluß von der Außenwelt ausgeklügelt worden. Wäre all das, was nachträglich auf dem Wege über die deutsche Presse der empörten Welt als „Friedensbedingungen" bekannt geworden ist, von Anfang an unter der Mitarbeit der Öffentlichkeit zustande gekommen, dann stünden wir und die Welt heute nicht da, wo wir tatsächlich stehen. Gerade die Erfahrungen der letzten Zeit haben den schlüssigen Beweis dafür erbracht, daß die Geheimdiplomatie eine Kunst von gestern sein muß, und der Entschluß des deutschen Ministerpräsidenten zieht zum ersten Male aus dieser Erfahrung wirklich die letzten Konsequenzen. Er ist aber vor allem auch innerpolitisch zu begrüßen. In der deutschen Presse ist vielfach das Bedauern darüber zum Ausdruck gekommen, daß der „Souverän des deutschen Volkes", die Nationalversammlung, nicht befragt worden sei, ehe die deutschen Gegenvorschläge den Gegnern unterbreitet wurden. Jetzt hat die Regierung diese Forderung noch in viel weitergehendem Maße erfüllt, denn sie hat nicht nur einer Versammlung von etwas über 400 Volksvertretern, sondern dem Volke selbst eine Art Rechenschaftsbericht abgelegt, um ihm anzudeuten, wohin Weg und Ziel führen sollen. Das kann nur dazu beitragen, die Geschlossenheit der inneren Front zu fördern, und dieses Ziel ist mit starken Mitteln erreicht worden.

Neueste Nachrichten.

Die Verlängerungsfrist zugestanden.

Versailles, 22. Mai. (Priv.-Telegr.) Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau, ist gestern folgende weitere Note Clemenceaus zugegangen:

Paris, 21. Mai. Euer Exzellenz! Ich habe Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai d. J. zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Friedensdelegation Bemerkungen vorzulegen wünsche, seien so verwickelt, daß die Denkschriften der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. d. M. gewährten 15tägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern infolgedessen eine Verlängerung dieser Frist. In Erwiderung Ihres Schreibens habe ich die Ehre, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag den 29. Mai zu verlängern.

Ein amtlicher französischer Kommentar zur Fristverlängerung.

Paris, 22. Mai. (Priv.-Telegr.) Die Pariser Morgenblätter bringen zum Notenwechsel über die Fristverlängerung einen gleichen vom französischen Außenministerium veranlaßten Kommentar. Danach werde der Rat der Vier ungefähr acht Tage Zeit brauchen, um die deutschen Gegenvorschläge, die am 29. Mai einlaufen werden, zu prüfen. Sodann wird eine Frist von 2 bis 3 Tagen zur Annahme oder Ablehnung der letzten Entscheidung gestellt werden. Davon, daß der Rat der Vier etwa von dem einen oder anderen Einwand der Deutschen überzeugt werde und dann in direkte Beratungen mit den Deutschen eintreten könnte, ist nicht einmal andeutungsweise die Rede. Es wird übrigens in dem Kommentar versichert, daß die Stimmung in Deutschland umgeschlagen (!?) habe und daß die Sozialdemokraten sowohl wie die Wirtschafts- und Finanzkreise jetzt auf die Unterschrift dringen. Nur Scheidemann und Noske hätten sich allzu sehr verrannt und werden vielleicht nicht mehr zurück können. Beiläufig wird zugegeben, daß in West- und Ostpreußen und in Schlesien die Dinge nicht so glatt liegen. Dort wäre gegebenenfalls zähester Widerstand gegen die Polen und selbst ein Franktireurkrieg zu erwarten. Der amtlich veranlaßte Kommentar schließt in allen Zeitungen mit der Berechnung, daß zwischen dem 10. und 15. Juni die Unterzeichnung des Friedens erfolgen werde.

Die Bewegungsfreiheit der deutschen Friedensdelegation wird abermals eingeschränkt. Die Hälfte des Trianonparkes darf von heute ab nicht mehr benutzt werden.

Wachsender amerikanischer Widerstand gegen den Friedensvertrag

Amsterdam, 22. Mai. (Priv.-Telegr.) Die „Westminster Gazette" meldet aus Paris: Bei einigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die den Friedensvertrag stark mißbilligen, nehme der Widerstand ständig zu. Wahrscheinlich werden Persönlichkeiten, die zu den amerikanischen Bevollmächtigten in enger Beziehung stehen, gegen den Friedensvertrag protestieren. Verschiedene Persönlichkeiten der amerikanischen Delegation haben ihre Koffer schon gepackt, der Rücktritt von anderen steht bevor. Einer der bekanntesten Männer der amerikanischen Delegation hat erklärt, dieser Vertrag bedeute nicht Frieden, sondern Krieg! Er fügte hinzu, daß auch er deshalb in Kürze sein Rücktrittsgesuch einreichen und den Brief, in dem er seine Entlassung fordert, veröffentlichen werde. Es sei begreiflich, daß Wilson in einem oder anderen Punkte nachgegeben habe. Gegen die Aufeinanderhäufung solcher Fälle müsse aber protestiert werden.

Ein Gewaltakt Fochs.

Berlin, 22. Mai. Der Vorsitzende der deutschen Unterkommission für Kriegsgefangene bei der Waffenstillstandskommission in Spa, Major Pabst von Oheim, hat auf eine Verfügung des Marschalls Foch Spa „wegen verleumderischer Äußerungen" verlassen müssen, weil er in einem Vortrag in Berlin über die vergeblichen Bemühungen, das Los unserer Kriegsgefangenen zu mildern, gesprochen hatte.

Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz zwecks Stellungnahme gegen den Gewaltfrieden.

Bern, 22. Mai. Der über 600 000 organisierte Mitglieder zählende allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm gestern auf einem Sonderkongreß in Mailand einstimmig eine Tagesordnung an, in der die alsbaldige Eröffnung der ersten Tagung der internationalen Arbeiterkonferenz gefordert und der politische, wirtschaftliche und soziale Vergewaltigungsversuch der Pariser Konferenz gebrandmarkt wird.

Grubenkatastrophe in Mährisch-Ostrau.

Wien, 22. Mai. Nach einer Blättermeldung aus Mährisch-Ostrau ereignete sich in einem neuen Schacht der Gewerkschaft Guttmann infolge einer Explosion schlagender Wetter ein Grubenunglück. Bisher wurden siebzehn Tote geborgen und eine Anzahl werden vermißt. Es wird behauptet, daß die Katastrophe politischen Ursprung habe.

Die Friedensverhandlungen.

Die Antwort auf die deutsche Note.

Deutschlands „stillschweigende Anerkennung" der Schuld im November 1918.

Wie Havas meldet, beantwortete Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen die Note Deutschlands über die Wiedergutmachung und über die Zurückweisung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges wie folgt:

„Herr Präsident! In Ihrer Note vom 13. Mai erklären Sie, daß Deutschland trotz der „Annahme" der Verpflichtung der Entschädigungen im November 1918 nicht zugebe, daß diese Annahme die Verantwortlichkeit für den Krieg oder die Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schloß. Eine solche Verpflichtung kann aber nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Urhebers zugrunde liegt. Sie fügen hinzu, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg unternommen habe. Es ist aber nichts über die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, die sich an die Welt wendet, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgehe. Die deutsche Regierung hatte, indem sie keinerlei Protest gegen diese Behauptung einlegte, ihre Wohlbegründetheit anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Vorwurf des Angriffs und seine Verantwortlichkeit dafür klar und stillschweigend hingenommen.

Sie erklären weiter, daß das deutsche Volk nicht für die Handlungen der früheren deutschen Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Eine solche Behauptung würde allen Prinzipien des Völkerbundes zuwiderlaufen. Eine Veränderung eines politischen Regimes oder eine Änderung des leitenden Personals würde nicht genügen, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen ungültig zu machen. Weder beim Frieden von 1871 gegenüber Frankreich nach der Ausrufung der Republik, noch 1917 gegenüber Rußland nach der Abschaffung des Zarismus durch die Republik wurde diesen vorgebrachten Prinzipien gemäß gehandelt.

Sie verlangen gänzliche Übermittlung des Berichtes der Kommission für die Verantwortlichkeiten. Zur Antwort haben wir die Ehre, zu erwidern, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommission als Dokumente innerer Angelegenheiten betrachten, die Ihnen nicht unterbreitet werden können.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung. ge. Clemenceau."

Clemenceau weist darauf hin, daß Deutschland in der Antwort auf die Lansingsche Note vom 5. November 1918 den Vorwurf des Angriffs „stillschweigend" hingenommen" und dadurch anerkannt habe. In der Lansingschen Note vom 5. November hieß es:

„Sie (die verbündeten Regierungen) verstehen sie (die Wiederherstellung) dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitz durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigungen leisten muß."

Es ist richtig, daß von deutscher Seite gegen diesen Satz der Note nicht Widerspruch erhoben worden ist. Auf die Note folgte das Telegramm Hindenburgs an Marschall Foch, worin die Entsendung der deutschen Unterhändler angekündigt wurde. Wenn man sich in Paris aber so streng an den Wortlaut dieser amerikanischen Note hält, sollte man nicht alle anderen Noten und Erklärungen der amerikanischen Regierung, denen man selbst zugestimmt hatte, als einfach nicht existierend behandeln. Auf den Text der „14 Punkte" legt man erheblich weniger Gewicht! Und auch Clemenceaus Antwort ist geeignet, uns wieder daran zu erinnern, daß die Äußerungen Wilsons heute von ihrem Urheber und seinen Verbündeten nur noch als ein „Fetzen Papier" betrachtet werden. Denn wenn Clemenceau in seiner Antwort ausführt, ein Unterschied zwischen dem deutschen Volke und seiner früheren Regierung könne nicht gemacht werden, so scheinen er, der Präsident der Vereinigten Staaten, und die ganze Entente nicht mehr zu wissen, daß Wilson in seinen Noten an die Regierung des Prinzen Max von Baden ausdrücklich einen Unterschied zwischen dem „deutschen Volke" und „den bisherigen Beherrschern Deutschlands" zu machen versprochen hat. In der Note Lansings vom 14. Oktober 1918 beispielsweise ist mit Nachdruck erklärt worden, „die ganze Durchführung des Friedens" werde davon abhängen, ob die Entente mit der deutschen Nation oder mit dem damals noch herrschenden Regiment zu verhandeln haben werde. Noch bestimmter und ausführlicher ist in der Note Lansings vom 24. Oktober gesagt, daß alles darauf ankomme, ob mit dem deutschen Volke oder „mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands verhandelt werden muß".

Die Fristverlängerung zugestanden?

Havas meldet: Man glaubt, daß die von den Deutschen verlangte Fristverlängerung zugestanden worden ist.

Wie sich Frankreich den weiteren Verlauf denkt.

Versailles, 22. Mai. Nach der Pariser Presse würde sich der weitere Verlauf der Verhandlungen — soweit man bisher von Verhandlungen sprechen kann — so gestalten, daß nach der am Mittwoch erfolgenden Übergabe des deutschen Gegenvorschlages die Alliierten 8 Tage brauchen würden, um diesen Gegenvorschlag zu prüfen. Nach dieser Prüfung, also am 29. Mai, würde von den Alliierten ein Ultimatum gestellt werden, ob die Deutschen nun den Vertrag zurückweisen oder ohne weitere Diskussion unterzeichnen wollen. Da die Abreise Wilsons auf den 5. Juni festgesetzt zu sein scheint, würde als Zeitpunkt für dieses Ultimatum der 4. Juni in Betracht kommen. Getreu ihrer bisherigen, vom Grafen Rantzau in seiner Unterredung am Sonnabend ja hinreichend gekennzeichneten Taktik stellen die Franzosen diesen Verlauf der Dinge und die deutsche Unterzeichnung als selbstverständlich hin.

Morgen früh um 7 Uhr sollen die Wasser von Versailles probeweise für die große Schaustellung der ersten Juniwoche springen — auch ein kleines Mittel, die Meinung zu verbreiten, als werde alles in Ordnung gehen, ebenso wie die Berichte über die Vorbereitungen im Spiegelsaal. Die Enttäuschung in Frankreich wird groß sein, wenn bis dahin der Vertrag nicht recht gründlich geändert ist, aber es sei täglich aufs neue festgestellt, daß an dieser Enttäuschung nur die französische Regierung und Presse Schuld sein werden, daß weder die deutsche Regierung, noch die Bevölkerung, noch die Delegation Anlaß zu der Meinung gegeben habe, der Vertrag könnte, wie er vorliege, von Deutschland unterzeichnet werden. Falls nicht inzwischen die Vernunft durchbricht, könnte diese erste Juniwoche eine böse Woche auch für Frankreich werden.

Scheidemann fordert Gleichberechtigung im Völkerbund.

Eine riesige Menschenmenge hatte sich am Mittwoch nachmittag von 5 Uhr ab zu der Protestkundgebung der Sozialdemokratischen Partei auf dem Wilhelmsplatz in Berlin eingefunden. Flugzeuge kreisten darüber und warfen eine Unmenge Flugblätter ab. Entgegen sonstigen Ansammlungen herrschte fast eine eisige Ruhe unter den Menschen, die Zeugnis gab, daß jeder sich im Innern mit dem Ernst der augenblicklichen Lage beschäftigte.

Als erster Redner führte Krüger aus, nur ein Frieden, der dem deutschen Volke Entwicklung, Freiheit und Versöhnung mit den anderen Völkern ermögliche, sei annehmbar. Wir wollen uns nicht vergewaltigen lassen und müssen dagegen als Deutsche fest zusammenstehen.

Immer wieder stürmisch begrüßt von der unendlichen Volksmenge ergriff

Ministerpräsident Scheidemann

das Wort zu folgender Ansprache:

Während wir uns hier versammeln, werden in Versailles unsere Gegenvorschläge der letzten Überarbeitung unterzogen. Im Interesse der ganzen Menschheit hoffen wir, daß die Vorschläge den Frieden der Verständigung und der gemeinsamen Arbeit der Völker erleichtern werden. Ich glaube, es kann kein treffenderes Spiegelbild der Haltung des deutschen Volkes geben, als es dieser Augenblick darstellt. Während wir gegen die Vergewaltigung protestieren, arbeiten unsere Beauftragten in Versailles an der Verständigung. Das muß vor allem für unsere Partei die Richtschnur abgeben. (Sehr richtig und Bravo!) Mit Protestaktionen um des Protestes willen oder gar als Hilfsmittel für die Entflammung eines neuen Nationalismus haben wir nichts zu tun. (Bravo!) Protest, das ist die uns einmal aufgenötigte Form der Volkskundgebung. Aber sein wesentlicher Inhalt darf nicht zur Völkerentfremdung, sondern er muß zur Völkerversöhnung führen, darf nicht eine ewige Wiederholung des schweren Wortes: „Unannehmbar" sein, sondern muß zur Aufstellung eines annehmbaren Übereinkommens führen. (Bravo!) Über die Bedingungen unserer Feinde brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Sie bedeuten nicht Frieden, sondern Zertrümmern, wohl Waffenruhe, aber, wenn ich das bekannte Wort umändern darf, „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln". (Pfui!) Soll ein Volk dagegen nicht protestieren dürfen? Wären wir überhaupt andere Bedingungen wert, wenn wir gegen die Vorlage nicht protestieren würden? Könnte man uns als ehrliche, gesinnungstreue Mitglieder des künftigen Völkerbundes anerkennen, wenn wir ohne den stärksten Widerspruch eine Neugestaltung der Welt hinnehmen würden, die diesen Völkerbund unmöglich oder zu einer leeren Phrase machen müßte? (Lebhafte Rufe: Nein!) Wir wollen aber nicht nur gegen Vergewaltigung protestieren, sondern für die Völkerversöhnung demonstrieren. Wir sind keine Parvenus des Pazifismus, sondern seit Bestehen der Partei seine Kern- und Stoßtruppe. In der Betonung der Völkerversöhnung liegt der größte Wert unserer Kundgebung, den wir uns auch durch keine Verdächtigung der gegnerischen Presse rauben lassen wollen, als rege sich in diesen Tagen im neuen Deutschland der alte Nationalismus. Nichts von Revanche! Helfen Sie uns, daß die junge Republik ohne diese Erbsünde einer vergangenen Zeit in die Zukunft hinüberschreitet! Für die Völkerversöhnung haben Sie heute Ihre Stimme erhoben. Vereinigen Sie sich auch in den nächsten Tagen mit den unausgesetzten Bestrebungen der Regierung für den höchsten und wirksamsten Ausdruck der Völkerversöhnung, für den Völkerbund! (Bravo!)

Der amtliche französische Funkspruch von Lyon hat dieser Tage die Lüge verbreitet, Scheidemanns Erklärung gegen den Völkerbund finde in ganz Deutschland jubelnden Beifall. (Lebhafte Pfuirufe!) Genossinnen und Genossen! Ich weiß, daß ich nicht hier stehen und zu Ihnen reden könnte, wenn ich mich gegen den Völkerbund erklärt hätte. Völkerbund, das ist die soziale Gerechtigkeit ins Weltpolitische übertragen. Nur wenn es der Geist dieser Gerechtigkeit erzwingt, daß Deutschland mit dem Abschluß des Friedens als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen wird, nur dann kann von einem wahrhaften Frieden die Rede sein. (Sehr richtig!) Nur dann ist die Gemeinsamkeit gewährleistet, auf der allein der Wiederaufbau der Welt mit Erfolg durchgeführt werden kann, indem jedes Volk als Diener des Ganzen, aber auch als gleichberechtigter Kamerad nach seinen Kräften zu diesem Wiederaufbau beiträgt. (Sehr richtig!) Heute ist der Völkerbund keine Utopie mehr, sondern eine Notwendigkeit. Nicht einzelne Paragraphen des vorliegenden Vertrages gilt es zu bekämpfen, sondern seinen Geist, und dieser Geist läßt sich nicht ausstreichen durch einseitig nationale Forderungen, sondern einzig und allein durch internationale, durch

die Weltforderung nach dem einen einigen und einigenden Völkerbund.

(Bravo!) Alles, was über die Bedingungnen des Friedensvertrages zu sagen ist, will ich in zwei Sätze zusammenfassen: Man nimmt uns Land, man nimmt uns Kohlen. (Stürmische Pfuirufe.) Wir sollen unsere Schiffe abliefern, wir sollen sozusagen alles, was wir noch haben, hergeben und dann auf ewige Zeiten der Sklave anderer Völker sein. (Stürmische Pfuirufe.) Dagegen erheben wir Protest. Wir haben uns verpflichtet, vieles gut zu machen, was durch diesen furchtbaren Krieg zugrunde gerichtet wurde. (Sehr richtig.) Aber mehr als das können wir nicht. (Rufe: Nein, nein!) Mehr als das können wir uns auch nicht verpflichten zu tun. Die Voraussetzung für ein neues Europa, für eine neue Welt, für ein Deutschland, das wieder leben kann, ist der Völkerbund und die Aufnahme Deutschlands in diesen Bund. Und so bitte ich Sie alle, das, was Sie bewegt, was Sie wollen, mit mir zusammmenzufassen in den einen Ruf:

Es lebe der Völkerbund!

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190523-13/fragment/page=0001

Vom Standpunkt der internationalen Sozialisten aus erklärte dann Hermann Müller, daß die internationalen Sozialisten mit einem solchen Frieden nicht einverstanden sein könnten. In den Friedensbedingungen wäre jeder Absatz ein Faustschlag ins Gesicht der internationalen Sozialisten, auch der Frankreichs und Englands. Die Sozialisten aller Länder müßten zu dem Schluß kommen, daß ein Frieden nach dem Vertrage, wie er jetzt vorliege, **unannehmbar** wäre.

Zum Schluß ergriff Frau **Juchacz** das Wort, um vom Standpunkt der deutschen Frauen aus sich gegen diese Friedensbedingungen auszusprechen. Sie betonte, daß der **Hungerkrieg** durch einen solchen Frieden nur **verewigt** werde. Durch das Dazwischenkommen des Demonstrationszuges der Unabhängigen wurde sie in ihrer Rede unterbrochen. Der Zug der Unabhängigen bewegte sich über den Wilhelmsplatz, ohne daß es zu ernsthaften Störungen kam.

Die Arbeiter im Saargebiet.

In dem vorliegenden Friedensvertragsentwurf handelt es sich immer nur um Dinge, die geändert werden sollen, um Gelder, die wir zu bezahlen haben, und um Länder, die man uns entreißen will. An keiner Stelle ist aber vom eigentlichen Menschenrecht zu lesen. Nach diesem Entwurf werden Menschen verschachert, als ob es Dinge wären. Bei der Frage des Saargebiets handelt es sich nach dem Machwerk des Rates der Vier nur um Kohlengruben, nicht aber um jene 800 000 Menschen, die das Land bevölkern, und von denen nahezu 600 000 Angehörige des Arbeiterstandes sind. Gerade die Arbeiter und ihre Angehörigen sehen einer schweren Zukunft entgegen. Durch die vorgesehene Abstimmung in 15 Jahren wird man sie in die schwersten Gewissenskonflikte bringen. Eine Auswanderung der Arbeiter in deutsches Gebiet ist schwer möglich, da keine Möglichkeit besteht, daß sie ohne weiteres in deutschem Gebiet Arbeit finden werden. Die Auswanderung wird aber auch dadurch erschwert, daß sowohl der preußische Fiskus als auch die Privatindustrie Jahre hindurch eine segnungsreiche Siedlungspolitik getrieben haben. Fast zwei Fünftel der gesamten Belegschaft im preußischen Saarbergbau sind Hausbesitzer. Es handelt sich hier also um eine hochentwickelte bodenständige Arbeiterschaft, die aus ihrer Heimat herauszunehmen äußerst schwer und äußerst gefährlich ist. Infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit werden sie sich also ganz der **Willkür** der Sieger zu unterwerfen haben. Die Franzosen erhalten das uneingeschränkte Ausbeuterecht über die Gruben. Sie erhalten damit ein Machtmittel, daß sie in 15 Jahren politisch nach Belieben verwerten können. Denn wenn die Bevölkerung nicht will, wie die französische Regierung will, so ist diese einfach in der Lage, eine Grube eine Zeitlang still zu legen, **und die Arbeiter um Brot und Arbeit zu bringen**. Man darf den Franzosen schon zumuten, daß sie aus dieser Bestimmung ein System zu machen verstehen, daß in 15 langen Jahren dann am Tage der Abstimmung seine Früchte schon zeitigen wird.

Aber weiter! Die französische Regierung kann die Gruben auch durch Privatgesellschaften ausbeuten lassen, und es ist nicht anzunehmen, die französische Privatindustrie an der Fortführung der Siedlungspolitik, die immerhin nicht geringe Kosten verursacht, Interesse hat. Das Begonnene und Vollendete würde also langsam dem Untergange wieder anheim fallen. Schwer betroffen würden die Arbeiter auch durch die Regelung der sozialpolitischen Angelegenheiten. Es ist bei dieser Frage von Interesse, einmal festzustellen, daß Deutschland im Jahre 1913 an 20 Millionen Menschen, die gegen Krankheit versichert waren, 390 Millionen Mark gezahlt hat, während Frankreich an 4,7 Millionen Versicherten nur 24 Millionen Mark zahlte. Der **Achtstundentag** ist ereits jetzt von den französischen Behörden **aufgehoben** worden, die Arbeiter des Saargebietes werden in Zukunft zwischen den deutschen und den französischen Bestimmungen über Arbeitsrecht und Arbeitervertretung stehen. Währenddessen wird Frankreich alles anwenden, um die französischen Gewerkschaften im Saargebiet heimisch werden zu lassen. Durch die Anlage von Schulen und durch den französischen Sprachunterricht, um nur einiges zu nennen, wird man mit aller Macht dahin wirken ,daß nach 15 Jahren das Ergebnis der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein kann.

Kritiken am Friedensvertragsentwurf.

Dem New Yorker Korrespondenten des „Manchester Guardian" zufolge machen die amerikanischen Liberalen kein Hehl daraus, daß sie die Friedensbedingungen für eine **zynische Verleugnung der gemachten Versprechungen** und aufgestellten **Grundsätze** halten. Kein einziger Liberaler werde das Ende des deutschen Imperialismus bedauern, aber der Liberale werde sich gegen Ausschreitungen des Imperialismus bei anderen wenden. Selbst diejenigen, die den Vertrag verteidigen, gäben zu, daß er zwar ein gutes Urteil, aber kein Friedensvertrag sei. Die wirtschaftlichen Bedingungen seien derart, daß Millionen Deutscher auswandern müßten, wenn die Regierung den Vertrag unterzeichne, und zwar hauptsächlich nach Rußland. Was die Folge sein würde, könne man aus der Stimmung der amerikanischen Iren lernen. Vom Rhein bis zur chinesischen Küste werde der Völkerbund auf Erbitterung und Haß stoßen. Die Deutschen, Russen und Chinesen hätten eine Legion Beschwerden, die eine beständige Bedrohung des Weltfriedens geben würden.

Viel schärfer noch urteilen **französische Blätter**, am schärfsten Jean Longuet im „Populaire": Ein Teil des deutschen Gebietes wird von Belgien annektiert. Das ist ein **Diebstahl**. Die Besetzung des Saargebietes ist ein verschleierter **Diebstahl**. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben, aber nicht mehr das Elsaß-Lothringen von 1870, sondern als eine Provinz, bereichert um einen gewissen wirtschaftlichen und industriellen Apparat, mit einem Netz von Eisenbahnen und mit zahlreichen Brücken über den Rhein. Polen von 1772 wird wiederhergestellt usw. Alles dies ist **das gräßlichste Verbrechen** in der Weltgeschichte. Was den Völkerbund anbelangt, so sind wir eines Herzens mit den Ausgeschlossenen, deren Ausschluß ein Titel des Ruhmes ist. Außerhalb des Völkerbundes stehen heißt außerhalb des Verbrechens stehen.

Selbst der italienische Staatsmann **Bissolati** ist unzufrieden, er erklärte einem Mitarbeiter des „Giornale d'Italia": Wenn die Friedensbedingungen nicht gemildert werden, dann würde für die Welt die **fürchterlichste Verwirrung** entstehen. Man kann von Deutschland nicht eine völlige Wiederherstellung und Entschädigung verlangen, wenn man Deutschland gleichzeitig die Quellen verstopft, aus denen es seine Materialien zur Mehrarbeit schöpfen soll. Bissolati hofft, daß Italien die Wilsonschen Grundsätze hoch halten werde, die in dem Friedensvertrag, den Deutschland und Deutsch-Österreich unterschreiben sollen, mit Füßen getreten wurden. „Italia del Popolo", das Organ der italienischen Reformsozialisten, fordert für den 4. Juni zu Protestkundgebungen in allen Städten Italiens gegen den Frieden von Versailles auf. Das Blatt appelliert an die Soldaten Englands und Frankreichs, sich dieser Bewegung anzuschließen. Der frühere Minister Bissolati unterstützt diesen Aufruf in einem offenen Brief.

Salandra zurückgetreten.

Genf, 21. Mai. Die Nachricht des Rücktrittes der italienischen Delegierten Salandra und Salvago Faggi, die von der Agentur Volta mit ganz nichtigen Gründen erklärt wird, hat große Bewegung im Lande hervorgerufen. Mehrere Blätter schreiben, Italien sei an den scharfen Vertragsbedingungen unschuldig, es sei gut, wenn Deutschland dies wisse. Die „Basler Nat.-Ztg." meldet, die italienische Gesellschaft für Völkerbund habe die Pariser Zentrale ersucht, sofort aus allen Verbandsländern Vertreter einzuberufen, um **gegen den geplanten Gewaltfrieden zu protestieren**.

Die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich.

Die „Wiener Mittagszeitung" erhält von ihrem Züricher Sonderberichterstatter nachstehende Informationen über die Friedensbedingungen für **Deutsch-Österreich**.

1. Bedingungsloser **Verzicht auf den Anschluß** an Deutschland und Unterlassung jeglicher den Anschluß in einem späteren Zeitpunkt vorbereitenden Tätigkeit.
2. Prinzipielle Geneigtheit zum Eintritt in die Donauföderation, die vorläufig nur als wirtschaftliche und finanzielle Gemeinschaft gedacht ist und unter das Protektorat des Völkerbundes kommt. Politisch wird Deutsch-Österreich neutralisiert. Die Staaten, die mit in die Donauföderation einbezogen werden, sind genau angegeben, wobei eine Erweiterung des Kreises vorgesehen wird.
3. Zahlung einer sehr beträchtlichen Kriegsentschädigung in Gold.
4. Übernahme der Kriegsanleihen, die zu einem bestimmten Prozentsatz den Ungarn mit aufgebürdet werden.
5. Anerkennung der Entscheidung, die Deutsch-Böhmen und Mähren, beträchtliche Teile Schlesiens, Südtirols, Kärntens und Steiermarks von Deutsch-Österreich abtrennen.
6. Volksabstimmung in West-Ungarn.
7. Einrichtung der inneren Verhältnisse Deutsch-Österreichs und der dortigen Regierung in einer die Führung des Staates innen wie außen nach den Intentionen der Entente gewährleistenden Weise.

Sollte Deutsch-Österreich diese Bedingungen nicht akzeptieren, so würde mit der Sperre der Lebensmittelsendungen vorgegangen und der deutsch-österreichischen Republik eine finanzielle Last auferlegt werden, die ihr auf lange Zeit hinaus jede selbständige Bewegung unmöglich machen müßte. Dagegen sei die Besetzung nicht in Aussicht genommen.

Die Überreichung der amtlichen Friedensbedingungen der Entente an Deutsch-Österreichs Vertreter hat noch nicht stattgefunden. Trotzdem wird man nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, befürchten müssen, daß die hier von der Presse mitgeteilten grausamen Bedingungen von der Wirklichkeit noch übertroffen werden. Es wird sich vor allem erweisen, wie töricht die von einem Teile der Christlich-Sozialen und den Hintermännern des ehemaligen Kaisers gehegte Hoffnung war, mit einem Verzicht auf den Anschluß Österreichs an Deutschland eine wesentliche Milderung der Bedingungen erkaufen zu können.

*

Proteste gegen den Gewaltfrieden.

Protest der Oberschlesier gegen die Abtretung an Polen.

Der Staatskommissar **Hörsing**, als Wortführer von 1½ Millionen Oberschlesiern, hat an den Ministerpräsidenten **Scheidemann** folgendes Telegramm gerichtet:

Als Beauftragter von mehr als 1½ Millionen Bewohnern Oberschlesiens bitte ich Sie, dem Chef der alliierten und assoziierten Mächte in Paris folgenden **Protest** schnellstens übermitteln zu wollen:

Oberschlesien, das unzweifelhaft deutsche Land, das vor vielen hundert Jahren nur kurze Zeit Staatsgemeinschaft mit Polen hatte, erhebt flammenden Protest, daß Oberschlesien an Polen angegliedert werden soll. Die Empörung in Oberschlesien ist ungeheuer, daß die feierliche Versprechung des Präsidenten Wilson auf Oberschlesien keine Anwendung findet, da es als deutsches Land in polnische Unkultur gestoßen werden soll. Die oberschlesischen Arbeiter und die Beamtenschaft wissen, daß sie der vorbildlichen deutschen Sozialpolitik, des Achtstundentages sowie des Mitbestimmungsrechts, das sie im demokratischen Deutschland errungen, in einem Polen sofort verlieren würden. Die Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen wissen, daß sie ihrer Unterstützung sofort verlustig und dadurch dem Elend und Untergang überantwortet werden. Das ganze oberschlesische Volk weiß aber, daß es aus einem Staatswesen der höchsten Demokratie der Welt in einen kapitalistischen Klassenstaat, in dem heute schon Bedrückung und Unfreiheit herrschen und in dem es sicher noch schlimmer wird, kommen würden. Von der 2 230 000 Personen starken Bevölkerung haben 1 560 000 in Protestversammlungen und Demonstrationen gegen diesen Frieden protestiert und feierlich gelobt und geschworen, eher sterben zu wollen, als in völlige Knechtschaft und Unkultur zu kommen. Die überwiegende Mehrheit des schlesischen Volkes erwartet Gerechtigkeit und verlangt, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt."

Die Kundgebungen der Berliner Unabhängigen.

Die Unabhängigen veranstalteten am Mittwoch nachmittag um 5 Uhr eine **Protestaktion gegen den Gewaltfrieden** im Berliner Lustgarten, die als eine Kundgebung gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gedacht war. Die Partei hatte es in ihrer bekannten Weise verstanden, wieder unzählige Tausende auf die Beine zu bringen, die den Lustgarten und die umliegenden Straßenzüge dicht besetzt hielten. Der Unabhängige Haase sprach eingekeilt in der Menge. Seine Ausführungen bewegten sich etwa in dem Sinne, daß der Friedensvertrag unter Protest unterzeichnet werden müsse. Die **Weltrevolution** sei unausbleiblich und sie werde diesen **Fetzen Papier** vernichten. Die Unabhängigen könnten allerdings die Verantwortung für den Frieden nicht übernehmen, das sollten die tun, die den Krieg entfesselt und ihn verlängert hätten. Auch in die Regierung könnten die unabhängigen Führer jetzt nicht eintreten. **Sie würden die Regierung übernehmen, aber erst dann, wenn das Proletariat sie rufe.** An einer anderen Stelle der Demonstrationsversammlung sprach **Adolf Hoffmann**. Er nahm der Menge einen Schwur ab, fest zusammenzustehen, damit sie da sei, wenn sie gerufen werde. Dies könnte eher geschehen, als die meisten ahnten. In der gleichen Richtung bewegten sich die Ausführungen der übrigen Redner. Alle verlangten außerdem die Freilassung Ledebours und der anderen politischen Gefangenen. Weiter wurde verlangt, die Auflösung der Freiwilligen-Verbände und einzelne verlangten stürmisch die Ausrufung der Räterepublik. Schließlich löste sich die Versammlung auf, um sich zu Demonstrationszügen zu formieren, die sich nach allen Richtungen der Stadt ergossen. Der größte Zug bewegte sich nach der Wilhelmstraße, wo er auf die Versammlung der Mehrheitssozialisten stieß.

Stürmische Szenen im Berliner Arbeiterrat.

Die Groß-Berliner Arbeiterräte beschäftigten sich in einer Vollversammlung am Mittwoch mit der **Friedensfrage**. Als erster Redner sprach der berüchtigte „Leichen-Müller", der sich in wüsten Anklagen und Schmähungen gegen Deutschland erging, wobei er auf den stürmischen Widerspruch der Bürgerlichen stieß. Als Müller von den französischen „Brüdern" Milderungen erhoffte, brach die Rechte in starkes Gelächter aus. Der Reichstagspräsident Fehrenbach habe erklärt, sagte Müller weiter, daß die Schuld am Kriege die Entente treffe. Das sei nicht wahr. Diese Worte riefen bei den Mehrheitssozialisten und den Demokraten große Unruhe hervor. Sie antworteten mit den Zurufen: „Haben Sie denn die Hungerblockade vergessen?" Müller fuhr fort: „Ich gehe sogar noch weiter: Deutschland allein hat die Schuld am Kriege." Hierauf setzte minutenlanger Lärm und Unruhe ein und Zwischenrufe: „Eine Schande. Sie sind kein Deutscher!" Der Vorsitzende vermochte erst nach längerer Zeit die Ruhe wieder herzustellen. Als der Redner sagte, daß auch das neutrale Ausland erklärt habe, daß Deutschland Schuld am Kriege habe, setzte wieder große Unruhe ein. Die Demokraten rufen ihm zu: „Es ist eine Schande, Deutschland so zu begeifern." Schließlich verliest Müller eine Entschließung der Unabhängigen, die gegen den Versailler Gewaltfrieden unter vielen Anklagen gegen die angeblichen deutschen Kriegssünden und die Regierung protestiert; **nur das Rätesystem könne noch helfen.**

Der Mehrheitssozialist Paul **Haase** gibt dann eine **mehrheitssozialistische Entschließung** bekannt, die den Vertrag als **Frieden der Gewalt** und die Wiederaufnahme des Krieges als eine aussichtslose Sache bezeichnet, verlangt aber Unterzeichnung des Vertrages. Dies bedeute aber keinesfalls einen Verzicht auf die rechtlichen Ansprüche.

Auch die **Kommunisten** haben einen Antrag gestellt, nämlich den Vollzugsrat zu beauftragen, den **Rätekongreß** möglichst bald einzuberufen.

Politische Übersicht.

Riga den Bolschewisten entrissen.

Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus **Kopenhagen**: Das hiesige lettische Informationsbüro teilt offiziell mit: Nach einem authentischen Telegramm von Libau, datiert den 19. Mai, mittags 12 Uhr 20 Min., haben die lettischen Jäger Dünamünde besetzt. Sie drohten, Riga mit schweren Geschützen zu beschießen und verlangten, daß die bolschewistischen Kommissare innerhalb dreier Stunden ausgeliefert werden sollten. Diese Forderung wurde nicht erfüllt. Darauf besetzten die lettischen Jäger Riga. Der größte Teil der bolschewistischen Kommissare wurde **erschossen**. Darauf sandten sie ihre Delegierten an die Letten in Nordlievland und an den Oberstkommandierenden der lettischen provisorischen Regierungstruppen Oberst **Ballod**. Weitere Nachrichten sind vorläufig noch nicht eingetroffen.

Deutschland.

— Einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Scheidemann richtete in der „Deutschen Tageszeitung" der Freiherr v. **Wangenheim**-Kl.-Spiegel. Er schildert darin die gegenwärtige Misere unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens und appelliert schließlich an den Ministerpräsidenten und die Regierung, den Männern Platz zu machen, „die die Kräfte und den Mut, die staatsmännische Klugheit und Erfahrung haben, um mit starker, sicherer Hand uns, wenn auch durch schwere Zeiten, noch einmal wieder emporzuführen." — Zu den mit staatsmännischer Klugheit Begabten, die auf Wunsch des Herrn v. W. jetzt die Reichsleitung übernehmen sollen, gehört der Führer des Bundes der Landwirte zweifellos nicht. Sonst würde er es wohl unterlassen haben, gerade heute, wo unseren Feinden gegenüber alles auf die Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes und auf seine Einigkeit mit der Regierung ankommt, also im denkbar ungünstigsten Moment, der Reichsleitung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Auch von ihm kann man sagen: „**Nichts gelernt und nichts vergessen!**"

— Keine Erwerbslosenunterstützung für Streikende. Zu der neuesten Fassung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge hat der preußische Minister des Innern Ausführungsvorschriften ergehen lassen. Darin wird auch die Frage geklärt, ob für Streiktage Erwerbslosenunterstützung zu gewähren ist. Der Minister betont, daß die ganze gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge auf der Absicht beruht, Personen, die **infolge des Krieges** unverschuldet ganz oder teilweise erwerbslos geworden sind, vor Not zu schützen. Aus dieser Erwägung ist zu folgern, daß Erwerbslosigkeit infolge Streiks nicht unter die Unterstützungs-Voraussetzungen fällt.

— 6 Millionen Stimmen für Erhaltung des Religionsunterrichts! Die Unterschriftensammlung für Erhaltung der christlichen Grundlagen des Schulwesens, die nur in Norddeutschland eingeleitet ist, hat die Höhe von beträchtlich über sechs Millionen evangelischer Stimmen erreicht. Davon entfallen allein auf das Gebiet der altpreußischen Landeskirche 3 600 000 Stimmen.

Die Vertretung der Eisenbahnarbeiter.

In der vergangenen Woche haben im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit den Vertretern der Verbände der Eisenbahnarbeiter wiederum Verhandlungen über die im Bereiche der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung neu zu bildenden Arbeitervertretungen stattgefunden. Das Ministerium hatte einen Entwurf ausgearbeitet, worin vorgesehen ist, **örtliche Arbeitervertretungen** bei jeder Hauptwerkstätte und jeder Dienststelle mit mindestens 20 Arbeitern zu schaffen. Durch die Vereinigung mehrerer Dienststellen zu einem Wahlkörper ist dafür gesorgt, daß jeder Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung ohne Ausnahme zu solcher örtlichen Vertretung wählt. Als Regel sieht der Entwurf gemeinsame Sitzungen der Arbeitervertreter mit den zuständigen Verwaltungsorganen vor. Es bleibt den Arbeitern jedoch unbenommen, auch unter sich Besprechungen abzuhalten, so oft es ihnen nötig erscheint. Da die Arbeiterräte mit den Direktionen und der Arbeiterkammer nur periodisch zu Sitzungen werden zusammentreten können, ist die Bildung von Organen aus ihrer Mitte vorgesehen, die dauernd Fühlung mit den Direktionen und dem Ministerium aufrechterhalten sollen. Die Arbeitervertretungen, die dieser Entwurf regelt, werden anerkannt als Berufsvertretungen der Arbeiterschaft in allen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Fragen und haben insbesondere bei der Regelung und Durchführung der **Löhne** und sonstigen **Arbeitsbedingungen** mitzuwirken. Durch ein besonderes Berufungsverfahren wird dafür gesorgt, daß Angelegenheiten, in denen eine Einigung zwischen den örtlich zuständigen Arbeitervertretungen und den dazu gehörigen Verwaltungsorganen nicht erzielt werden kann, zur Beratung vor die Arbeiterräte und schließlich die Arbeiterkammer gebracht werden.

Die **Betriebsräte**, deren Aufgabe eine Unterstützung der Unternehmer bei der Produktion sein soll, werden von diesem Entwurf noch nicht mit erfaßt, weil dem in Aussicht stehenden Reichsgesetz über die Betriebsräte nicht vorgegriffen werden kann. Die Verhandlungen, die kurz vor dem Abschluß standen, mußten vorläufig abgebrochen werden, da der Deutsche Eisenbahnerverband forderte, daß neben den durch diesen Entwurf neu zu schaffenden Arbeitervertretungen die bei einzelnen Eisenbahndirektionen ohne Rechtsgrundlage bestehenden Arbeiterräte, soweit sie sich weitergehende Befugnisse angeeignet haben, weiter in Wirksamkeit bleiben sollten. Dieser Forderung, der die übrigen Arbeitervereinigungen geschlossen widersprachen, konnte die Verwaltung auch ihrerseits nicht zustimmen, da es sich jetzt darum handelt, eine einheitliche, allgemeine und geordnete Arbeitervertretung zu schaffen. Man hofft aber bald zu einer Einigung zu kommen.

*

Die Lage in Bayern.

In **Bamberg** fanden am Dienstag hochwichtige Fraktions- und Ministerratssitzungen, sowie Besprechungen der Parteiführer mit den Ministern statt, die zu einer **Klärung der innerpolitischen Lage in Bayern** geführt haben. Um in der gegenwärtigen ernsten außenpolitischen Zeit alle unnötigen Wortkämpfe im Plenum zu vermeiden, ist die Regierung gewillt, in entgegenkommender Weise nicht nur das Ermächtigungsgesetz dem Landtag wieder zurückzugeben, sondern auch den **Eintritt bürgerlicher Mitglieder ins Kabinett** zuzugestehen. In Frage kommt vor allem von der bayerischen Volkspartei der Abg. **Speck**, von den Demokraten der Abg. **Müller**. Der Rücktritt des radikalen Kriegsministers Schneppenhorst, der sich durch Lavieren zwischen den Mehrheitssozialisten und den Rätepolitikern, ferner durch seine gänzliche Fachunkenntnis unmöglich gemacht hat, dürfte bald erfolgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die am Mittwochnachmittag zusammmentretende Plenarsitzung des Landtags bereits vor die vollendete Tatsache dieser gemischten Regierung in Bayern gestellt wird.

Was die Räteherrlichkeit in München gekostet hat.

Im Ältestenrat des bayerischen Landtags legte Staatsrat **Merkel** die Finanzlage dar. Während noch der berühmte Finanzminister Eisners, Prof. Dr. Jaffe, zu Anfang des Jahres das Vorhandensein einer ungedeckten Schuld, wie sie unter der Monarchie wirklich nicht existierte, in Abrede stellte, ist nunmehr für das laufende Jahr eine solche von ungefähr 80 Millionen festgestellt worden. Sie setzt sich zusammen aus dem bereits 330 Millionen betragenden ungedeckten Fehlbetrag der Staatseisenbahnen, aus den Zulagen für Beamte und Staatsarbeiter und endlich aus den Belastungen durch die Revolution. Schon unter Eisner hat das Geld keine Rolle gespielt. Die Summen, die unter der Räterepublik verschleudert und veruntreut wurden, stehen noch nicht ziffernmäßig fest, weil von den verschiedenen, sogenannten Volksbeauftragten und ihren Helfern Beträge von 100 000 ℳ und mehr telephonisch gefordert und bewilligt wurden. Es wird angenommen, daß die **vier Wochen Räteherrlichkeit** dem Staatssäckel eine **Schuld von 250 Millionen** verursacht haben.

Gegen die Demokratie.

Die **Achtung Deutschlands ist die Achtung des demokratischen Prinzips**, so kennzeichnete der badische Kultusminister Prof. **Hummel** in einer von der Deutschen demokratischen Partei in Frankfurt a. M. veranstalteten Protestversammlung das Bestreben der Entente, Deutschland durch die niederträchtigen Bestimmungen des Waffenstillstandes aus der Reihe der Kulturnationen auszutilgen. Tatsächlich richtet sich der Kampf der Pseudodemokratien in Frankreich, England und Amerika auch gegen den wirklich demokratischen Geist, der sich seit der Revolution in Deutschland kundgibt. Natürlich ist wie bei allen großen Umwälzungen auch bei der deutschen Revolution manches Unerfreuliche mitunterlaufen, aber die ganze Bewegung, von der jetzt Deutschland erfüllt ist, ruht auf einer so gut demokratischen Grundlage, daß bei einer verständnisvollen Pflege und Weiterentwicklung aus ihr heraus jenes Ziel der Völkerbefreiung und Völkerverständigung entwickelt werden könnte, das unseren demokratischen Friedensfreunden stets vorgeschwebt hat und das durch die Annahme des Wilsonschen Programms auch für den Friedensschluß richtung gebend werden sollte. Der englische und französische Kapitalismus und Imperialismus haben aber als Todfeinde eines wirklich demokratischen Ausbaues der Beziehungen der Völker untereinander das Wilsonsche Programm der Völkerverständigung in sein Gegenteil verkehrt und statt dessen die Vergewaltigung aller anderen Völker durch England, Amerika und Frankreich als das Ziel der künftigen Weltpolitik gesetzt. Nichts kann deutlicher als dieser schmachvolle Friedensvertrag, den uns die Entente aufnötigen will, der Welt zeigen, daß die früheren Erklärungen der Ententemächte, sie kämpften nur für das Recht und die Freiheit der Völker, eitel Lug und Trug waren, daß dieser Krieg vielmehr von der Entente zur Unterdrückung aller anderen Völker geführt wurde, nicht aber um dem Recht und der Freiheit zum Sieg zu verhelfen.

Der Kampf, den **Deutschland** geführt hat, war dagegen tatsächlich ein **Kampf für die Gleichberechtigung der Völker**, und auch heute noch sind wir, wenn auch Deutschlands Kraft als Militärmacht zerschlagen ist, gezwungen, mit geistigen Waffen den Kampf für das Recht der Demokratie fortzusetzen gegen die Vergewaltigung unseres eigenen Volkes und anderer Völker durch die Entente-Imperialisten. Nichts kann deutlicher zeigen, daß selbst das siegreiche Frankreich, das im Friedensvertrag jedes Recht durch die Gewalt glaubt unterdrücken zu können, doch die Macht der Wahrheit fürchtet, als das von der französischen Regierung erlassene **Verbot** an die französische Presse, den **Wortlaut des Friedensvertragsentwurfs zu veröffentlichen**. Dem deutschen Volke wollte die Entente angeblich die Demokratie bringen. Wie weit sie selbst vom demokratischen Geist entfernt ist, geht aus diesem Verbot hervor. Keine Regierung in Deutschland, auch keine kaiserliche, hätte es wagen dürfen, dem deutschen Volke den Wortlaut eines Friedensvertrages vorzuenthalten; die angeblich demokratische französische Regierung aber glaubt dieses Recht für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Sie wagt es, das französische Volk über das zu täuschen, wofür dieses Volk später die Verantwortung wird übernehmen müssen. Nichts kann besser das schlechte Gewissen der französischen Regierung kennzeichnen, als diese Gewaltpolitik dem eigenen Volk gegenüber.

Und während man so in Frankreich dem demokratischen Gedanken hohnlächelnd Fußtritte versetzt, versucht dieselbe französische Regierung in den von ihr besetzten deutschen Gebieten die Bevölkerung unter Berufung auf die Demokratie für Frankreich zu gewinnen. Vor allem in der bayerischen Rheinpfalz glaubte man einen geeigneten Boden gefunden zu haben, um dieses Stück urdeutschen Landes von Deutschland abzusplittern und zu einem Republikchen unter der Oberhoheit Frankreichs machen zu können.
Dieser von Frankreich inszenierte Putschversuch ist aber schmählich mißlungen.

Der **demokratische Gedanke** ist zu stark geworden in der Welt, als daß man ihn mit Waffengewalt ausrotten könnte. Das Deutsche Reich ist zusammengebrochen, weil seine früheren Machthaber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190523-13/fragment/page=0002
DFG

es nicht verstanden haben, rechtzeitig der Demokratie die ihr gebührende Stellung einzuräumen. Ebenso werden jene Staaten an dem Felsen des demokratischen Gedankens zerschellen, die glauben, ihn jetzt bei ihrem imperialistischen Aufstieg unterdrücken zu können. Der Bolschewismus, diese Entartung demokratischer Ideen, wird wieder verschwinden, wenn die Kriegsfolgen beseitigt sein werden, die Demokratie aber wird kein Imperialismus und kein Militarismus mehr aus der Welt schaffen, und wer gegen sie kämpft, wird gegen sich selbst den Kampf führen.

Volkswirtschaftliches.

⊙ **Mitteldeutscher Braunkohlenmarkt im April 1919.** Der Abruf an Rohkohle wie an Briketts war überall lebhaft. Die Werke konnten die Nachfrage nicht befriedigen. Die Herstellung von Naßpreßsteinen wurde mit Eintritt der frostfreien Zeit aufgenommen, soweit die geförderten Kohlenmengen es zuließen. Im Osten herrschte noch Arbeitsmangel, im halleschen und sächsischen Revier Mangel an gelernten Arbeitern, während andere Arbeitskräfte dort reichlich angeboten wurden. Lohnherabsetzungen fanden nicht statt, dagegen mancherorts (besonders in Magdeburg-Halberstadt-Helmstedter Revier) ziemlich bedeutende Lohnaufbesserungen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit trat in der Niederlausitz ein, wo die einhalbstündige Pause in die achtstündige Arbeitszeit eingerechnet wurde. Überarbeit wurde von den Belegschaften verweigert. Streiks haben im Monat April kaum stattgefunden. Nur die braunschweigischen und die ihnen benachbarten preußischen Gruben wurden von solchen betroffen. In Sachsen litt die Förderung durch eine unter den Belegschaften einsetzende passive Resistenz, durch die Forderungen der Belegschaften durchgesetzt werden sollten. Über Wagenmangel wird nur im Bitterfelder Revier geklagt.

Provinz und Umgegend.

† **Halle,** 22. Mai. Als Mörder des Geldbriefträgers Schlegel, der am 6. Januar in grausamer Weise ermordet und beraubt wurde, sind jetzt zwei Taubstumme, der Schneider Henschke und der Schuhmachermeister Grabowski, verhaftet worden. Beide haben ein umfassendes Geständnis abgelegt.

† **Zeitz,** 22. Mai. Ein eigenartiger Streik ist in einem Dorfe unseres Kreises ausgebrochen, nämlich ein Schulstreik. In dem betreffenden Dorfe ist der Lehrer, weil schwer kriegsbeschädigt, seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, den Unterricht zu erteilen. Die Schulbehörde hatte die Sache dahin geregelt, daß der Lehrer eines Nachbarortes wöchentlich 3 Tage in seinem Orte und 3 Tage in dem anderen Orte unterrichten sollte. Die Einwohner dieses letzteren Ortes sind aber mit dieser Regelung nicht zufrieden und verlangen die Anstellung eines neuen Lehrers. Um ihre Forderung durchzusetzen, halten sie nun schon seit 14 Tagen ihre Kinder vom Unterricht zurück.

Merseburg und Umgegend.

22. Mai.

** **Die von den städtischen Behörden beschlossene Erhöhung der Gaspreise** tritt rückwirkend am 1. Mai d. J. in Kraft. Licht-, Heiz- und Kochgas kostet 38 ₰ pro Kubikmeter, Münzgasmessergas 40 ₰. (Siehe Bekanntmachung des Magistrats in der vorliegenden Nummer.)

** **Sohlenleder für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung** steht wieder zur Verfügung. Anträge auf Zuteilung sind in der Stadt Merseburg bis Sonnabend den 24. Mai zu bewirken.

** **Die Zufuhr von Frischmilch** ist auch weiter beschränkt, so daß in der kommenden Woche wieder als Ersatz **kondensierte Vollmilch** ausgegeben werden muß. Es erhalten die Inhaber der **roten** Milchkarten mit dem Anfangsbuchstaben S bis einschl. Z täglich statt ½ Liter Vollmilch 1 Liter kondensierte Vollmilch. Vergl. Bekanntmachung.

** **Nach der belgischen Besatzungszone des Rheinlandes** sind bis auf weiteres in Privatangelegenheiten nur Postkarten, keine Briefe zulässig. Aufschriftseite der Briefe in Handels- und Industrieangelegenheiten muß die Angabe „Geschäftsbrief" tragen.

** **Wiedereinführung der Bahntelegramme.** Auf den Staats- und Privateisenbahnen ist der Privattelegrammverkehr wieder aufgenommen worden. Die Eisenbahntelegraphenstationen nehmen Privattelegramme an, wenn sich keine Reichstelegraphenanstalt am Orte befindet. Ist eine Reichstelegraphenstelle am gleichen Orte, so dürfen Telegramme nur von Personen aufgegeben werden, die mit den Zügen ankommen, abreisen oder durchreisen, und zwar auch dann, wenn die am Orte gelegene Reichstelegraphenanstalt geschlossen ist.

** **Lohnbewegung im Gärtnergewerbe?** Am Sonnabend findet im Tivoli eine öffentliche Versammlung der Gärtner und Gärtnereiarbeiter statt. Zur Beratung steht die Tarifbewegung in den Gärtnereibetrieben.

** **Die Zuteilung von Nahrungsmitteln an werdende Mütter.** Der Magistrat gibt uns die Abschrift eines Schreibens, das dem Arbeiterrat zugestellt wurde. Da die letzte Sitzung durch Neuwahlen ausgefüllt war, dürfte dieses Schreiben erst in der nächsten Sitzung verlesen werden. Es lautet: „In der letzten Sitzung des Arbeiterrates am 6. Mai 1919 ist nach Zeitungsberichten von dem Mitglied des Arbeiterrates, Herrn Schöbel, die Behauptung aufgestellt worden, daß für schwangere Frauen nichts zur Verfügung sei. Wir erwidern darauf: 1. Die werdenden Mütter erhalten 3 Monate vor der Niederkunft täglich ¾ Liter Vollmilch und monatlich 1½ Pfd. mehlhaltige Nahrungsmittel sowie ¼ Pfd. Vollmilchpulver und daneben 2. 8 Wochen vor der Niederkunft wöchentlich 1 Butterzusatzmarke und 1 Pfd. Broterſatz. 3. Seit dem 8. Mai 1919 erhalten die werdenden Mütter auf 3 Monate bis zur Niederkunft 2 Pfd. mehlhaltige Nahrungsmittel (Grieß, Nudeln, Haferflocken, Gerstenmehl) und daneben die unter Ziffer 2 bereits genannten besonderen Zulagen. In sehr vielen Fällen wird Vollmilch schon 4 Monate — häufig auch noch über die 4 Monate hinaus — in Anspruch genommen und auch verabfolgt. In weiterem Umfange kann bei der allgemeinen Knappheit der Lebensmittel und der wahrscheinlich eintretenden Hungersnot mit gutem Gewissen von der Stadt nicht gegangen werden, worum sie dauernd bemüht ist."

** **Lustiger Abend im Tivoli.** Herr Kurt Wilcke vom Halleschen Stadttheater hatte schon vor einiger Zeit einen Lustigen Abend für Merseburg angesagt. Wegen der Landestrauer mußte der Abend verschoben werden. Am Mittwoch fand er statt und war gut besucht. Kurt Wilcke ist ja allen denen, die von hier aus das Hallesche Stadttheater besuchen, wohlbekannt, und jeder von ihnen wußte, daß der Abend eine angenehme Unterhaltung bringen werde. In dieser Erwartung wird wohl niemand getäuscht sein, denn der mit Recht beliebte Künstler hatte ein reiches Programm geschickt zusammengestellt, und er brachte die einzelnen Sachen mit anerkennenswerter Sicherheit zur Geltung. Dabei zeigte er feinen künstlerischen Takt und schauspielerische Gewandtheit. Mit Cäsar Flaischlens bekanntem und beliebtem Gedicht „Hab Sonne im Herzen" begann Kurt Wilcke. Er sprach das Gedicht, das meiner Empfindung nach schlicht und unmittelbar, warm und innig aus dem Herzen quellen muß, scharf und spitz, theatralisch effektvoll, ja stellenweise raffiniert und fast krampfhaft, aber wohldurchdacht und geistvoll, so daß er doch damit entschieden eine Wirkung erzielte. Auch die gern gehörte Lederhosen-Sage des Freiherrn Barons von Münchhausen erfordert einen breiteren, behäbigeren, volleren, satteren und saftigeren Ton, als ihn Kurt Wilcke zur Verfügung hat, trotzdem brachte er aber auch dies Stücklein nicht übel heraus. Das köstliche Andersonsche Schnäcklein von der Prinzessin auf der Erbse liegt dem Künstler ganz besonders und bildete so einen Glanzpunkt des Abends. Ebenso vorzüglich war „Das Foulardkleid" von Schlicht. Auch Johannes' „Ostpreußisches Gespräch" und Reuters „Michel, sei stolz!" verdienen uneingeschränktes Lob. — Den zweiten Teil eröffnete das schwermütige Narrenlied aus Shakespeares „Was ihr wollt". Herr Wilcke ist zwar kein geschulter Sänger, er verfügt auch keineswegs über glänzende Stimmittel: Wucht, sonorer Klang und Umfang fehlen, aber er singt doch so, daß man ihm mit Vergnügen zuhört, wenn er sich auf seiner Laute begleitet; er klimpert ganz nett darauf. So brachte er wohl die Stimmung des Narrenliedes ungefähr heraus, aber das Ganze blieb doch zu verschwommen und farblos, der Schwung, die Bestimmtheit der Linienführung und die Kraft dämonischer Energie fehlte. Zu vollster Wirkung brachte er dagegen das drollige Stückchen „Pünktlichkeit" von dem wartenden Liebhaber und der naiven Blondine, die nicht ahnt, was die Stunde geschlagen hat. Auch das folgende „Alle Tage ist nicht Sonntag" gelang gut, „Huhn und Karpfen" desgleichen. Das französische Chanson hätte besser wegbleiben sollen — „Michel, sei stolz!". — Der dritte Teil begann statt mit der Leidalegende mit der tragikomischen Geschichte des Herings und der Pellkartoffel, die, reichlich albern, wohl das schwächste Stück des Abends war, aber sehr gut vorgetragen wurde. Die anderen Nummern des letzten Teils waren ziemlich derbe Kost, zum Teil mit blutigen Kalauern versetzt, aber sie kamen alle vorzüglich heraus und riefen große Heiterkeit hervor. Alles in allem war der Abend wohl gelungen, und der reiche Beifall, den Kurt Wilcke fand, war wohl verdient.

Fr.

** **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen** (Ortsgruppe Merseburg und Sektion Leuna) ladet zu einer am Freitag den 23. Mai stattfindenden Monatsversammlung ein. Auf der Tagesordnung steht die Wahl von 28 Beisitzern für das Militärversorgungsgericht Merseburg. Vergl. Anzeige.

** **Die Zweigverwaltung des Deutschen Techniker-Verbandes** für Merseburg und Umgegend beruft für Freitag den 23. Mai, abends 8 Uhr, im Saale des „Tivoli" eine Versammlung ein, in der Ingenieur Ehrecke-Berlin, Angestellter der Zentrale für Heimatdienst, einen allgemein verständlichen Vortrag über Sozialisierung der Betriebe und des Handwerks halten wird. Die Zweigverwaltung ladet alle Interessenten hierzu ein. Wir weisen auf den zeitgemäßen Vortrag noch besonders hin und möchten Arbeitern, Angestellten und Unternehmern den Besuch empfehlen, da in den breiteren Schichten wohl immer noch nicht völlige Klarheit über die gedachte Sozialisierung herrschen dürfte.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Freitag den 23. Mai.)

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Fleisch und Fleischwaren: 100 Gramm mit Knochen. Gleichzeitig Umtausch der Fleischmarken. Wegen verspäteter Viehanlieferung beginnt der Fleischverkauf erst Freitag mittag in den Fleischverkaufsstellen.

Roßfleisch: Bei Hoffmann (Brühl 6) von nachmittags 2 bis 4 Uhr auf die Nr. 3001 bis 3200.

Freibank: Von 8 bis 9 Uhr auf die Nr. 1451 bis 1550.

Rübensaft: Pro Kopf 1 Pfund gegen Abgabe des Bezugsscheines und Quittung Nr. 89 in einer Anzahl Lebensmittelgeschäfte.

§ **Dürrenberg,** 21. Mai. Die Kurliste Nr. 1 ist erschienen und weist unter 72 Nummern eine Besucherzahl bis 15. Mai von 405 Personen auf, gegen 590 im Vorjahre. Von den 405 Personen entfallen 270 auf Kinder im Martha Hohenthal-Haus, Elisabeth-Kinderheim (Neßel) und Haus Erholung (Nelb), also weit über die Hälfte. — Am Donnerstag abend voriger Woche ereignete sich auf dem Bahnhof Corbetha ein trauriger Unfall. Der za. 16jährige Arbeiter Kreiker aus Keuschberg, der den noch in Fahrt befindlichen Zug besteigen wollte, rutschte ab und geriet unter die Räder, die ihm ein Bein abtrennten. Der Unglückliche wurde sofort einer Leipziger Klinik zugeführt.

§ **Lützen,** 21. Mai. Vergangene Nacht wurden von der hiesigen Polizei 27 Zentner Kartoffeln beschlagnahmt, die auf dem Wege des Schleichhandels von einem Gastwirt aus Röcken höchstwahrscheinlich nach Leipzig befördert werden sollten.

† **Osendorf,** 22. Mai Eine Einbrecherbande, die längere Zeit unsere Ortschaften unsicher gemacht hatte, ist jetzt hoffentlich für längere Zeit unschädlich gemacht worden. Es handelt sich um die Arbeiter Kühl, Heinicke und Hebestedt. Die drei hatten einen auf der Station Ammendorf stehenden Waggon, der das Umzugsgut des Postassistenten Wensch enthielt, erbrochen und daraus Wäsche im Werte von über 10 000 ℳ gestohlen. Ein großer Teil der gestohlenen Wäsche wurde in den Wohnungen der Einbrecher gefunden und beschlagnahmt. Den Einbrechern fallen auch noch andere Einbruchsdiebstähle zur Last. — Einen Unfall erlitt der Obster Häßler von hier, der von seinem mit Möbeln beladenen Wagen fiel und von seinem Geschirr überfahren wurde. In schwerverletztem Zustande wurde er in den Bergmannstrost überführt. Er hatte einen doppelten Schenkelbruch erlitten.

Mücheln und Umgegend.

22. Mai.

‡ **Mücheln,** 22. Mai. Der Landrat macht bekannt: „Nach einer von der Reichsgetreidestelle mir heute zugegangenen Nachricht ist dem Kreise Querfurt ein Posten amerikanisches Weizenmehl zugewiesen worden. Nach Eingang desselben wird davon auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung erstmalig 1 Pfund verteilt werden. Nähere Bestimmungen darüber folgen."

‡ **Ziegelroda,** 22. Mai. Am letzten Sonntag fand hier im Gottesdienst die Einführung der Gemeindeschwester statt, welche das Mutterhaus Salem in Lichtenrade stellt. Die Schwester wird die Arbeit an den Kleinen im Kindergarten tun und den Alten, Schwachen und Kranken dienen. Damit wird ein langgehegter Wunsch erfüllt.

‡ **Querfurt,** 22. Mai. Eine große Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden faßte folgende Resolution: „Die zu Querfurt tagende Versammlung deutscher Männer und Frauen aus Stadt und Land, ohne Unterschied der Parteien und des Berufes erwartet von der Reichsregierung die Ablehnung des vorgelegten schmachvollen Friedensvertrags und die Verhütung, daß ein Deutscher vor ein einseitig fremdländisches Gericht gefordert wird." — Der Kreiskriegerverband Querfurt hielt am Sonntag nachmittag im Gasthof „Zum schwarzen Bär" seinen diesjährigen Frühjahrsabgeordnetentag ab. — Am Mittwoch den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im „Goldenen Stern" zu Querfurt eine Versammlung des Kreislehrervereins statt.

‡ **Roßleben,** 22. Mai. Die Gemeindevertretung lehnte in ihrer letzten Sitzung mit 11 gegen 3 Stimmen die Gründung einer Ortswehr ab. Maßgebend für die Ablehnung war den Gegnern für Bildung der Wehr die Befürchtung, dieselbe könnte bei wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft eingreifen und somit ihre Aufgabe, nur der Einwohnerschaft Schutz gegen plündernde Banden zu gewähren, überschreiten.

Sport und Leibesübungen.

♣ **Der Magdeburger Sportverein Viktoria von 1896 in Merseburg.** Mit der Verpflichtung dieses Vereins zu einem Wettkampf in Merseburg steht dem Verein für Bewegungsspiele am kommenden Sonntag wiederum ein äußerst harter Kampf bevor. Die Magdeburger Mannschaft, die nicht weniger als zehnmal den Meistertitel des Mittelelbgaues errang, ist bekannt durch ihr schnelles, ausgeprägtes Kombinationsspiel und weist Spiele von hohem Können auf. Ihr Zusammentreffen mit ihrem schärfsten Lokalgegner, der ihr ebenbürtigen Magdeburger Kricket-Viktoria, lockt stets einen Massenbesuch auf die Magdeburger Sportplätze hinaus, da das Magdeburger Derby, wie dieser Kampf genannt wird, zu den interessantesten und aufregendsten der Elbmetropole zählt. Man darf gespannt sei, wie sich unsere Heimischen, die allerdings erst am letzten Sonntag gegen Wacker-Halle ihre ausgezeichnete Klasse bewiesen, sich mit diesem Gegner abfinden werden. In welcher Aufstellung die beiden Vereine sich gegenübertreten werden, geben wir noch bekannt.

Gerichtsverhandlungen.

Der Ledebour-Prozeß.

In der Verhandlung gegen Ledebour wurde am Mittwoch die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Bald nach Eröffnung der Sitzung brachte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld zur Sprache, daß der Leutnant Dorenbach auf dem Sterbebett erklärt habe, er habe keinen Fluchtversuch gemacht, sondern sein Transporteur habe ihn einige Schritte vorgehen lassen und ihn dann niedergeschossen. Dieser Darstellung trat der Staatsanwalt mit Entschiedenheit entgegen. Schon unterwegs auf dem Transport von Eisenach nach Berlin habe Dorenbach versucht, zu entkommen.

Der Angeklagte Ledebour gerät wiederholt in große Aufregung, besonders als er Auskunft über eine Rede geben soll, die er auf dem Schloßplatze gehalten hat. Der Vorsitzende ermahnte den Angeklagten, ruhig zu bleiben und erteilte ihm schließlich eine Rüge, als dieser bei der Vernehmung sitzen bleibt. Auch bei den folgenden Erörterungen gibt der Angeklagte nur kurze schroffe Antworten, obwohl der Vorsitzende in wohlwollendem Tone ihm wiederholt versichert, daß ihm nur die Aufklärung des Sachverhaltes erleichtert werden solle. Die Verteidigung bittet schließlich um eine Pause von fünf Minuten zu einer kurzen Aussprache mit dem Angeklagten. Der Vorsitzende läßt eine kurze Pause eintreten, in der die Verteidiger eifrig auf den Angeklagten einsprechen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung nimmt dann die Vernehmung ihren Fortgang.

Vermischtes.

* **Revolution und Warenzeichen.** Auf dem Gebiete der Warenzeichen ist die Revolution fast spurlos vorübergeglitten. Ob man dieses Zeichen wohl tiefer deuten darf? — Mit der Zeit mitgegangen ist die Tabakindustrie, und das nicht nur in bezug auf die mehr oder weniger im üblen Geruch stehenden Ersatzfabrikate, sondern auch in bezug auf die Reklame-Bezeichnungen. Unter den neuesten, amtlich eingetragenen Warenzeichen findet man u. a.: „Klassensturz", „Freie Völker", „Neue Leute", „Neues Hoffen", „Lohnsieg", „Volkstraum", „Freiheitsbrücke" und für moderne Raucherinnen: „Wahlfrauen", „Frauenstimme", ferner „Völkerbund-Rose", „Wir verlangen Gericht" (über die pp. Räte?). Welche Rolle die Marke „Not lehrt beten" spielt, ist wohl nur dem Fabrikannten selbst bekannt! — Daneben gibt es tapfere Zigarrenfabrikanten, die ihr demokratisches Herz nicht so schnell entdeckt haben; sie halten treu zur „Königin", zum „Zollern-Aar" und „Wesergraf", sie kennen immer noch „Schwarzseher", träumen von einer „Hausmacht" und zerbrechen sich den Kopf über „Kulturrätsel".

* **Zwei aufsehenerregende holländische Erfindungen.** Eine Gesetzesvorlage der holländischen Regierung fordert die Bereitstellung von 600 000 Gulden für den Bau einer Probeanlage zur Untersuchung zweier holländischer Erfindungen, die jetzt Aufsehen erregen. Die eine, ein Ferro-Karbonid-Verfahren, betrifft ein ganz neuartiges Verfahren, Eisen und Stahl direkt aus Erzen zu gewinnen, ohne Vermittelung von Hoch- und Koksöfen und mit einem Drittel der Kohlenmenge, die sonst in einem Hochofenkomplex benötigt wird. Die zweite Erfindung, ebenfalls von einem Holländer gemacht, ist ein neuer Metallscheideprozeß. Durch ihn lassen sich Kupfer, Blei, Silber, Zink und Kadmium aus wertlosen Mengerzen zurückgewinnen.

* **Ein Zuchthäusler als Polizeipräsident.** Der Polizeipräsident Dosch, ein von der Polizei schon lange gesuchter Zuchthäusler, nahm in den letzten Tagen der Räteregierung in München einer Familie mit acht Mann der roten Garde für etwa 100 000 ℳ Wäsche, Lebensmittel, Kleider, Rauchwaren und andere Wertgegenstände weg. Die „beschlagnahmten Sachen" verschwanden in den Taschen der Sicherheitsmänner. Während der Räterepublik wurden in München insgesamt 1000 Personen nach und nach als Geiseln in Haft genommen. Die Auswahl erfolgte willkürlich nach dem Adreßbuch.

* **Bahnunfälle.** Infolge Kurzschlusses ist ein Wagen der elektrischen Trambahngesellschaft in Paris in einem so rasenden Tempo einen Abhang hinabgefahren, daß ihm ein anderer Wagen mit Reisenden nicht mehr auszuweichen vermochte. 22 Personen sind schwer verletzt, darunter sieben amerikanische und ein englischer Soldat. — Ein Personenzug auf der Strecke Brüssel—Antwerpen stieß mit einem Güterzug zusammen. Viele Reisende sind verletzt, und der Materialschaden ist bedeutend.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 12. Ziehungstag — 20. Mai 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 18798
2 Gewinne zu 10000 M 38443
6 Gewinne zu 5000 M 11439 76061 224047
72 Gewinne zu 3000 M 3537 34086 47624 51307 51460 54863 56280 84815 86959 91785 93456 96248 97594 107231 107614 110067 117179 118386 122756 124678 127211 127515 140922 143265 149491 159342 166514 172016 176133 178272 186372 187037 189790 198596 217944 229421
170 Gewinne zu 1000 M 1216 3295 4736 7843 7983 9663 14109 15713 16785 16972 18507 19506 20436 20802 24343 33244 34508 40496 45521 49928 50833 54155 53302 61763 62929 63880 66503 68949 71448 72770 76175 78915 79940 86154 86237 86252 87363 88270 89107 92061 93376 93833 99124 102215 108025 109636 109670 111445 111942 115096 119358 123728 130753 131708 132168 137692 140397 142939 143636 144516 148802 150534 151522 158521 160169 161066 167993 170243 173198 173206 176980 177456 183313 185070 185160 186174 186268 186928 193948 200099 200391 211605 216825 219171 221027
226 Gewinne zu 500 M 929 2962 4009 4339 6343 6874 13491 20384 23291 27038 27769 34259 39287 44439 44454 51780 56514 56760 57716 57728 57859 58360 59577 62044 62539 62628 65467 69140 73245 75199 76204 77229 81058 82616 83481 85555 89196 91201 92918 93760 95215 95352 102915 108318 109830 112046 112511 116367 110538 116541 126516 127471 130551 131162 136295 137588 138282 141334 142958 146332 148077 149313 152807 154085 156404 155824 157349 159053 159842 160387 161082 165545 165552 169791 171472 171953 172487 172941 174020 174361 174954 178781 181789 183272 184778 185166 188718 189854 191253 191324 200526 200862 204497 208848 210196 210467 215675 216622 218430 218681 219088 221374 221451 221544 221932 223115 226359 226567 227692 229079 229566 229637 233248

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 111957
2 Gewinne zu 5000 M 79710
82 Gewinne zu 3000 M 21651 23351 30549 32869 36439 38830 42323 44088 49609 54691 55370 56106 67735 63154 68311 71337 86620 87294 94230 96800 98419 109289 115400 118406 137870 151552 157367 160504 164557 164665 172665 174410 174672 177938 180707 196526 202324 213086 219729 229727 233471
118 Gewinne zu 1000 M 4 7045 8183 14130 22418 23749 28784 29658 33517 35385 35694 39570 50305 51192 52536 56607 61003 65446 76774 77264 77482 79348 80429 86053 88028 88148 91239 92325 94987 95409 99313 109112 116939 116457 119481 122475 127532 131431 137036 145980 152826 155794 163459 167945 172759 184780 185997 191900 196599 204692 212083 218936 220579 220652 220696 223032 226240 231727 232241
193 Gewinne zu 500 M 2327 13093 14397 16249 19987 25157 25330 27893 32183 34226 34519 38358 39512 40015 43285 44098 47372 48569 49889 50214 54453 60463 62959 63784 65345 67041 67565 71048 73161 77823 79525 79684 83130 85135 86122 86153 87419 88531 92442 94606 94968 95180 95395 97316 99072 100695 101013 102348 114427 116323 118473 118646 119002 123146 123450 125043 125516 125876 126668 127752 128811 131934 132479 135156 135705 138918 139766 144240 144350 147365 148017 151250 154612 156046 157056 157711 157819 157831 159281 159959 166237 167025 175274 177778 179203 179908 183780 203971 205425 208163 211770 213402 216017 216985 218129 221087 226707 228433

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 13. Ziehungstag — 21. Mai 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 30000 M 50819
4 Gewinne zu 5000 M 90463 133089
92 Gewinne zu 3000 M 430 12535 13315 18013 19894 20810 22382 26557 30218 43597 44339 52181 62049 63747 84065 93496 98234 103682 103850 108464 116871 118269 119480 123377 123552 136842 140627 141392 145413 153675 157129 160191 162431 164816 167586 167679 171208 199771 208634 218335 220953 224039 225595 225912 228972 234000
150 Gewinne zu 1000 M 4507 14944 15970 17557 18394 23589 29545 31051 33125 34479 39104 39614 42868 43128 44576 48291 49951 50343 56672 62980 67390 70199 71298 71518 73009 80894 88805 91784 91862 94103 96607 98351 104473 112223 112969 118617 119331 129197 131806 134741 133788 150558 160151 161609 162480 165441 165640 168050 173685 174334 175177 180638 184819 186355 187149 189758 191639 192369 199100 201179 201252 205652 206499 207197 207936 210105 210633 211540 213752 214097 219689 224557 227047 231734 233100
193 Gewinne zu 500 M 2803 10980 11715 11961 12928 13928 14365 19604 22115 24114 25590 26625 28654 27329 32514 35960 42722 44044 45449 45638 47378 48938 54786 59436 62444 63120 63434 74791 75565 75968 75972 80391 81591 82640 83403 85171 88204 90193 92984 93224 93966 94321 98163 101390 101937 102854 105983 107033 107277 107620 109724 111845 112543 117584 118184 118278 119133 119534 123676 124509 131672 133528 134481 138665 139693 140038 141067 143610 143974 144113 145904 146291 152324 160618 163131 164392 170071 174028 175152 176425 177379 178556 131471 196592 196926 200736 201127 210902 211219 214129 215419 217741 220138 224001 226818 230041 231154 232563

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 75000 M 132662
2 Gewinne zu 10000 M 56900
12 Gewinne zu 5000 M 47403 126639 138469 160862 190528 218926
50 Gewinne zu 3000 M 2384 5344 11257 21962 34025 50778 53080 56792 57305 77141 90185 104957 117422 145879 148390 153133 159831 160742 169551 180041 180964 188353 201014 218643 225542
138 Gewinne zu 1000 M 7028 17829 20067 21650 22790 24177 24208 29935 31863 34972 39372 41743 49535 50099 54302 61259 61745 76324 77957 78442 78588 80767 85116 87712 97135 100715 103626 104586 105422 106525 111167 128324 134330 134498 136124 136407 145584 149148 147356 149316 149407 153817 160918 161690 166668 174222 176658 185978 187481 193097 195042 197358 199581 200189 200932 201544 207313 215699 219197 219987 221201 222922 223189 223749 224511 224872 227424 230232 233676
212 Gewinne zu 500 M 102 1743 4579 5331 7132 7524 10875 16820 18035 18305 21516 22547 23036 25994 26498 26592 26362 29056 29156 30937 31234 42198 42721 50740 50396 56334 60560 61453 61844 62927 64423 65825 66124 75954 80559 83231 85539 95992 98632 101158 106441 112784 114216 117096 117214 119299 123209 124572 124949 126051 129039 129343 129049 134157 134307 136232 136851 147159 147623 149747 155358 158331 160134 160432 160568 161201 161342 161598 162660 163499 164555 164631 167080 171734 177286 177598 180546 181925 183752 184273 184094 185215 189254 186962 188964 189820 196456 199344 200565 200165 200716 200720 203444 204539 206258 206652 215251 217445 223464 223650 225684 227350 229764 230470 233334 233883

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131919052313-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Städtische Pflichtfeuerwehr.

Montag den 26. Mai 1919, abends 8 Uhr, am Gerätehause Hallesche Straße Nr. 19b:

Übung

der Jahrgänge 1916/1919, 1917-1920 und 1918/1921.

Die noch in Händen von Mannschaften **bereits entlassener** Jahrgänge befindlichen Binden sind bei dieser Übung abzugeben.

Der städtische Branddirektor.

Zwangsversteigerung.

Freitag den 23. d. M., vormittags 11 Uhr versteigere ich im Gasthof **„Casino“**

1 Sofa (grauer Plüsch)

öffentlich meistbietend gegen bar.

Rubusch, Gerichtsvollzieher.

Nachlaß- und freiwillige Auktion.

Sonnabend den 24. Mai d. J., von vorm. ½10 Uhr an, werde ich im Restaurant „Casino“, Leunaer Straße 4, Merseburg, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:

1 Sofa, 3 Schreibsekretäre, 1 Schrank, 1 Küchenschrank, 1 ovaler Tisch, mehrere Tische, 8 Stühle, 7 lange Bänke, 4 große Tafeln, 3 Bettstellen mit Matratzen, 3 eiserne Bettstellen, 1 gr. 2½ m hoher Spiegel, 2 Anrichtetische, Kleiderständer, Gardinenhalter, 1 Wage mit Säule, Automaten, 1 Hobelbank, 1 Posten Gläser (passend für Gastwirte, 1 Posten gebr. Herren- und Kinderkleidungsstücke und verschied. Haus- und Wirtschaftsgerät.

Die Gegenstände sind gebraucht, aber noch in gutem Zustande.

Besichtigung von 9 Uhr an gestattet.

Alb. Franke, beeid. Auktionat.

Klee-Verpachtung.

Sonnabend d. 24. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr, werde ich in **Naundorfer Flur** b. Körbisdorf

ca. 6 Morgen Klee

an Ort und Stelle auf 6 Jahr in einzelnen Morgen-Parzellen öffentlich meistbietend verpachten.

Bedingungen im Termin.

Sammelplatz ½5 Uhr: Gasthaus Naundorf.

Im Auftrage des Besitzers
Albert Franke, Auktionator.

Möbl. Zimmer,

für 2 Herren passend, zu vermieten **Feldschlößchen.**

Möbliertes Zimmer

z. 1. 6. od. früher von solidem Herrn bei älteren Leuten gesucht. Off. unt. **J H 39** a. d. Exp. d. Bl.

Besserer Herr (Geschäftsreis.) sucht sofort **möbliertes Zimmer mit Pension.** Angebote unter **„Reisender“** an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer

für Beamten zum 1. Juni gesucht. Angebote unter **H R** an die Exped. d. Bl.

Privat-Mittagstisch

von bess. Herrn per sof. geg. gute Vergüt. ges. Angeb. u. **Mittagstisch** an die Exped. d. Bl.

Mittwoch nachmittag 4 Uhr verschied sanft, nach kurzem Leiden, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau verwitwete

Friederike Reinhard

geb. Böttcher.

Merseburg u. Meuschau, den 21. Mai 1919.

Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen an:

Henriette Ullrich geb. Reinhard.

Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 5 Uhr von Poststraße 8 aus statt.

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am 23. Mai d. J.

vorm. von 9—10 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 1451—155 statt.

Merseburg, den 22. Mai 1919.

L A I 493/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 23. Mai d. Js.

bei Hoffmann, Brühl 6

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3001—3100
„ 3—4 „ „ „ „ 3101—3200

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 22. Mai 1919.

L A II 492/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Ausgabe von Rübensaft

gegen gleichzeitige Abgabe von Bezugschein und Quittung Nr. 89 vom Freitag den 23. Mai 1919 ab.

Für die Zeit vom 18.—24. Mai 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung **1 Pfund Rübensaft** zum Preise von 70 Pf. zugeteilt. Die Ausgabe erfolgt von Freitag den 23. Mai 1919 ab in nachstehenden Geschäften:

Weißhahn, Neumarkt,	Schumann, Unter-Altenburg,
Traxdorf, Neumarkt,	Schmidt, Unter-Altenburg,
Speiser, Breite Straße,	Eckardt, Carl, Gotthardtstraße,
Schurig, Obere Breite Straße,	Kämmerer, Schmale Straße,
Köppe, Obere Burgstraße,	Artus, Lauchstedter Straße,
Kötteritzsch, Gotthardtstraße,	Steger, Weißenfelser Straße,
Kleindienst, Weiße Mauer,	Konsumverein, Neumarkt.
Funte & Scherz, Markt,	

Die Verkaufsstellen haben die eingenommenen Bezugscheine und Quittungen am Montag den 26. Mai 1919, bis mittags 12 Uhr, an die städt. Lebensmittelverteilungsstelle, Gr. Ritterstraße 5, abzuliefern.

Merseburg, den 21. Mai 1919. L A II 1406/19

Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von kondensierter Vollmilch für fehlende Frischmilch.

Für die Woche vom Sonntag den 25 bis einschl. Sonnabend den 31. Mai 1919 erhalten die Inhaber der roten Milchkarten mit den Anfangsbuchstaben S bis einschließlich Z statt täglich ½ Liter Vollmilch.

1 Pfund kondensierte Vollmilch zum Preise von 3 M.

Ausgabe: Milchstelle Schubert, Burgstraße 16, am **Freitag den 23. und Sonnabend den 24. Mai 1919**, von vormittags 9 Uhr bis mittags 1 Uhr.

Nach Ablauf dieser Verkaufszeit wird an die Säumigen kondensierte Vollmilch grundsätzlich **nicht mehr** verabfolgt.

Alle vorstehend nicht ausdrücklich mit kondensierter Vollmilch zu versorgenden Personen erhalten in den zugewiesenen Milchverkaufsstellen Frischmilch.

Merseburg, den 22. Mai 1919. L A II 1414/19

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Erhöhung der Gaspreise.

Infolge erneuter Erhöhung der Preise für Gaskohlen und der Arbeitslöhne werden auf Grund der Beschlüsse der städt. Behörden vom 7. 5. 1919 bezw. 19. 5. 1919 mit Wirkung vom 1. Mai d. J. die Preise für G a s wie folgt festgesetzt:

a) für Licht-, Heiz- und Kochgas auf 38 Pfg. je cbm.
b) für Münzgasmessergas auf 40 Pfg. je cbm.

Merseburg, den 21. Mai 1919. VIII 133/19.

Der Magistrat.

Sohlenleder für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung.

Dem Kreise steht für die landwirtschaftliche Bevölkerung eine Sendung Sohlenleder zur Verfügung.

Anträge auf Zuteilung desselben für die in der Landwirtschaft tätigen Personen aus der Stadt Merseburg — auch Kinder von Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten können bei der Verteilung berücksichtigt werden — sind spätestens bis

Sonnabend den 24. Mai 1919, mittags

im Magistratsgeschäftszimmer II, Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 18, unter genauer Angabe des Vor- und Zunamens, des Berufes, der Wohnung und gegebenenfalls des Namens des Arbeitgebers, mündlich oder schriftlich zu stellen. — Auf Anfordern ist ein Ausweis über die eigene Person vorzulegen.

Merseburg, den 21. Mai 1919. M 353/19.

Der Magistrat.

Soeben eingetroffen:

Elsässer Hemdentuche

80 82 cm breit, für Leib- und Bettwäsche — vorzügliche Qualität — per Meter Mk. 12.50

: Hemden-Flanell, :
-Barchent, -Nessel

in guten Qualitäten

leinene Drelle für Rolltücher etc., graues Planen- und Futter-Leinen, Roh-Nessel und creme Batist für Gardinen- und Wäschezwecke

bei

Otto Dobkowitz, Merseburg.

---

50 M. Belohnung

bei Kontraktabschluß demjenigen, der mir Küche und Stube oder 2 Zimmer einschl. Kochgelegenheit nachweist. Frdl. Angebote unter **B 200** an die Exped. d. Bl.

Wohnung, 2 St., K. u. K., per sofort oder später gesucht. Angebote unter **„2 Stuben“** an die Exped. d. Bl.

Beff. Wohnhaus

mit Laden und Wohnung, großem Hof und Garten in sehr günstiger Geschäftslage ist sof. zu verk. Refl. bitte Adr. unt. **Wohnhaus** an die Exp. d. Bl. abzugeben.

Gutverzinsl. **Haus** m. Garten, Hofr. u. Stallung sof. z. kaufen gesucht. Off. m. **Preis** 2c. unt. „Haus“ an die Exp. d. Bl.

Mittl. rentabl. Gasthof, Stadt oder Land, eventl. mit Garten u. etw. Feld, sof. z. pacht. od. z. kauf. ges. Off. m. näh. Ang. u. Gasthof a. d. Exp. d. Bl.

Mark 3000 oder 3600 sind zu 5 % auszuleihen. Näheres bei **R. Wiegand**, Mälzerstr. 8.

Ein Frack-Anzug,

nur einmal getragen, für 300 Mark zu verkaufen

Lauchstedter Straße 31.

Zu verkaufen:

helle Woll-Mousselin-Bluse mit elegantem Spachtelkragen.

Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Ein Paar — neue — **Damenschuhe** (Größe 40) zu verkaufen

Moltkestraße 14, 1 Tr.

Kinderschuh, Gr. 25 u. 33, neu, zu verkaufen **Mühlberg 4.**

Einf. Damenhut

zu verkaufen **Roonstr. 4, 3 Tr.**

Ein guterhaltener **Kinderwagen** sowie ein fast neues Frauenjackett, für mittl. Figur passend, preiswert zu verkaufen **Seitenbeutel 5.**

Ein neuer

Marktwagen

steht preiswert zum Verkauf.
H. Peege, Entenplan 3.

Ein **Tafelwagen** mit Federn, f. 1. Pferd pass., ein- u. zweispännig z. fahren, noch in gutem Zustande, f. 275 M. zu verkaufen **Keuschberg-Dürrenberg**, Leipziger Straße 1d, 1 Tr.

Konzertflöte,

fast neu, mit Etui billig zu verkaufen
Schreiberstraße 6, part.

---

2 Rohrstühle u. 1 Blumentisch z. verk. 3. erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Eine Kinder-Holzbettstelle z. verk. **Kurze Straße 6.**

Ein getragener, noch guterhalt. **Anzug** zu kaufen gesucht. Offerten unter **„Anzug“** an die Exped. d. Bl.

Kaufe guterhalt. Anzug. Gebe eventl. Lebensmittel. Offerten unter **Anzug** an die Exped. d. Bl.

Eine weiße oder gestreifte Hose zu kaufen gesucht. Off. u. **Hose** an die Exp d. Bl.

Waschtisch u. Militärmantel, zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter **W u M** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Teppich zu kaufen gesucht. Offerten m. Preis unt. **O Z** an die Exp. d. Bl. erb.

Kaninchenstall zu kaufen gesucht. Offert. unt. **K S** an die Exp. d. Bl.

2rädriger Handwagen (für Geschäftszwecke) zu kaufen gesucht **Kl. Sixtistr. 16, r.**

Fahrrad

mit G. zu kaufen gesucht. Off. unt. „Fahrrad 1“ a. d. Exp. d. Bl.

Schwarz. woll. seiden. Rips und schwarz. Panama in prima Qualit sowie glatt. weiß. Voile 120 cm breit

(Meter 26 Mark) wieder eingetroffen.

Hemdentuche Mtr. v. 12,50 M. an empfiehlt **Max Nell,**

Fernsprecher 578. Roßmarkt 3.

Gurkenkerne

lange, grüne, volltragende

empfiehlt

Carl Eckardt

Gotthardtstr. 8 Fernruf 385.

Die Gartenlaube

in ihrer neuen Gestalt

Wer die „Gartenlaube“ jetzt ansieht, wird eine völlige innere Umformung feststellen können. Mehr als je hat sie Anspruch darauf, das Blatt des deutschen Hauses zu sein, umsomehr, als sie Helferin am Aufbau eines neuen deutschen Lebens sein will. Neue Mitarbeiter haben ihre Arbeit in den Dienst des erneuten Geistes gestellt, in dem ein erneutes Deutschland sich spiegeln soll. Dem schlichtesten Sinne soll die Zeitschrift immer nahe bleiben, dem anspruchsvollsten soll sie dennoch genügen. Gerade jetzt und in den kommenden Jahren wird eine gute Familienzeitschrift, die ganz auf der Höhe ernsthafter literarischer und künstlerischer Ansprüche steht, mehr als je ein Bedürfnis sein. Die „Gartenlaube“ ist dieses Blatt!

J. G. Knauth & Sohn,

Fernsprecher 587. Entenplan 2.

empfehlen in größter Auswahl

Strohhüte

für Herren in modernen Formen und Geflechten und allen Preislagen,

Kinderstrohhüte

aparte Neuheiten — weiß — schwarz — farbig,

Selbstbinder und Krawatten, Sportkragen — Socken — Stöcke, Hosenträger.

Schlafdecken

schwere, wollhaltige Qualität — **preiswert** und in großen Quantitäten sofort lieferbar.

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Die Deutsche

demokratische Partei

ist die Partei aller liberal und fortschrittlich gerichteten Volksgenossen in Stadt und Land.

Sie tritt unerschrocken ein für Ordnung, Freiheit und Recht.

Darum:

Landwirte, Kaufleute, Industrielle, Beamte, Handwerker, Arbeiter, Frauen aller Stände

tretet ein in die

Deutsche Demokratische Partei

die Partei der deutschen Frau.

Anmeldungen nehmen die **Vorstandsmitglieder des Ortsvereins Merseburg** sowie die **Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondenten** (Kl. Ritterstraße 3) entgegen.

Automobilwerkstätte

Kraftfahrzeuge

·/· Motorräder Nähmaschinen ·/·

Fahrräder

Schreibmaschinen

Größtes Ersatzteillager: ältestes Geschäft am Platze

Fernruf 203 **Auto-Engel** Fernruf 203

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber **Dr. Fr. Naumann**, M. d. R.
Schriftleit. Wilh. Heile u. Dr. Gertr. Bäumer

Die wegweisende politische Wochenschrift im neuen deutschen Volksstaat!

Vierteljahrspreis 4,— Mk.

Probeheft 40 Pf. in allen Buchhandlungen und beim Verlag der „Hilfe“, Berlin NW. 40.

Nachdem in letzter Zeit häufig Isolatoren unserer Fernleitungen usw. durch Steinwürfe mutwillig beschädigt und hierdurch größere Betriebsstörungen verursacht worden sind, machen wir darauf aufmerksam, daß wir in künftigen Fällen ohne Weiteres die Strafverfolgung beantragen werden.

Demjenigen, der uns die Täter so namhaft macht, daß gerichtliche Bestrafung erfolgt, sichern wir hierdurch eine Belohnung zu von

Mk. 50,—

Landkraftwerke Leipzig, Aktiengesellschaft in Kulkwitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190523-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 111 | Freitag, den 23. Mai 1919 | 45. Jahrg.

Was sollen wir tun?

Forderungen von Friedrich Naumann.

In der „Hilfe“ stellt Friedrich Naumann eine Reihe bemerkenswerter Forderungen für die kommenden schweren Wochen auf. Er schreibt u. a.:

1. Wir müssen uns davon überzeugen, daß der Friedensentwurf der Weltmächte tatsächlich undurchführbar ist. Dazu müssen seine wirtschaftlichen und finanziellen Teile immer wieder gelesen werden, denn sie sind geradezu Kunstleistungen an Unterbindung jeder eigenen Kraft. Es wird ein Tributverhältnis vorgeführt, bei dem es kein Losringen und Abarbeiten geben kann, da immer neue Verpflichtungen nachwachsen und beständig dafür gesorgt ist, daß wir wegen nichterledigter Schulden in neue Strafvollstreckungen einbezogen werden. Unter dem Druck dieses „Friedens“ gibt es kein Aufatmen, keine Erlösung. Das ganze Volk bleibt müde und geknechtet. Wollt ihr das tragen?

2. Wir müssen den deutschen Brüdern im Osten, Westen und Norden die Treue bewahren ...

3. Wir müssen auf jeden Stoß und jede Gewalttat innerlich vorbereitet sein. Die Feinde werden alle ihre Mittel in Bewegung setzen, um uns in Hunger und Grauen versinken zu lassen ... Wir wissen, daß wir keinen Grenzschutz im Westen mehr haben, daß unsere Kohlen dem Angriff offen liegen, daß die Fliegergeschosse über unseren Städten und Fabriken schweben werden, daß die Häfen gesperrt und alle Zufuhren verhindert werden. Die Zeit des Opferns, Leidens und Sterbens wird nun erst recht von neuem beginnen ...

4. Wir müssen im deutschen Volke Klarheit darüber verbreiten, daß wir auch bei Annahme des „Friedens“ hungern und leiden werden ...

5. Die Arbeiterschaft hat nicht das geringste Interesse an der Annahme dieses Friedens, denn der Zwangsfriede ist das Ende jeden Sozialismus. Die Unternehmer sind enteignet, aber nicht etwa zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten der ausländischen Kapitalisten. Da aller Überschuß des Betriebes weggesteuert wird, bleibt kein Mehrwert zur Hebung der Arbeiterklasse ...

6. Alle Staatsbürger sollen wissen, daß es auf Grund des Ententefriedens keine demokratische Regierung geben kann ... Wir sind in Wirklichkeit ein besetztes Gebiet, dessen eigentlicher Herr der Vorsitzende der Kontrollkommission sein wird.

7. Da wir einen Verteidigungskrieg nicht mehr führen können, so bleibt uns nichts als passiver Widerstand. Wir zahlen nicht, wir unterschreiben nicht, wir liefern nicht, bis man bereit ist, uns als Menschen zu behandeln. Es soll und darf keine Regierung geben, die unter das Vernichtungsschriftstück ihren Namen setzt! Es ist der Generalstreik einer mißhandelten Nation, der sich zu zeigen anfängt.

8. Es liegt in dem allem für uns eine sehr große Gefahr, denn wir können leicht in schwerste Unordnung geraten. Auch darüber sollen Bürger und Bürgerinnen nicht im Dunkeln gehalten werden. Wenn Kohle fehlt, Beleuchtung ausbleibt, Feindesgefahr droht, Ernährung stockt, dann können revolutionäre Versuche sich erneuern, ohne etwas zu nützen ...

9. Wer aber wird schließlich ein Volk bezwingen, das sich durchaus nicht in Sklaverei begeben will? Wenn wir nur tapfer bleiben im passiven Widerstande, so werden zwar zahlreiche Einzelopfer gebracht werden müssen, aber das Volk als Ganzes behält seine Selbstachtung und bewahrt im Elend seinen Stolz.

10. Man sagt uns, das deutsche Volk sei durch den langen Hungerkrieg bereits zu entkräftet und moralisch ermattet, um noch zu einem heldenhaften Widerstande Energie genug aufbringen zu können ... Trotzdem aber wirkt der Zwang: das Unterzeichnen des „Friedens“ ist noch schlimmer als das Nichtunterzeichnen. Auch in schwachen Menschen entstehen Entschlüsse, wenn die Quälerei zu groß wird. Und sie ist zu groß geworden!

Deutschland.

Beseitigung der Ortsschulaufsicht.

Ein der preußischen Landesversammlung zugegangener Gesetzentwurf bestimmt, daß das Amt des Lokalschulinspektors aufgehoben wird und daß die bisher den Lokalschulinspektor verbliebenen Geschäfte (z. B. Befugnis zur Verlängerung der Schulpflicht, Erteilung kürzeren Urlaubes) anderweit auf Behörden oder einzelne Fachleute zu übertragen sind. In der Begründung des Entwurfs wird darauf hingewiesen, daß sich die Verhältnisse vollständig geändert haben, insbesondere seit Erlaß des Schulunterhaltungsgesetzes vom 28. Juli 1906, so daß es entbehrlich erscheint, neben der Kreisschulinspektion noch eine besondere Ortsschulaufsicht beizubehalten. Bei den größeren, unter Leitung eines Rektors stehenden Schulsystemen besteht in der Regel auch schon jetzt keine besondere Ortsschulinspektion mehr. Es ist zwar nicht zu verkennen, daß für die jungen Lehrkräfte auch weiterhin eine Anleitung geboten bleibt. Die Unterrichtsverwaltung wird deshalb bedacht sein, diese Lehrkräfte nach Möglichkeit an solchen Schulen zu beschäftigen, wo sie bei erfahrenen Rektoren, Hauptlehrern und älteren ersten Lehrern der nötigen Anleitung nicht entraten. Den Rektoren, Hauptlehrern und älteren ersten Lehrern werden deshalb besondere Instruktionen für die Anleitung der jungen Lehrkräfte zu geben sein, und die Kreisschulinspektoren werden es sich angelegen sein lassen müssen, den jungen Lehrkräften ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Da es sich indessen nicht allenthalben durchführen läßt, die jungen Lehrkräfte an Schulen unter Leitung von Rektoren, Hauptlehrern und älteren ersten Lehrern zu beschäftigen, wird es erforderlich werden, mit der Anleitung dieser jungen Lehrkräfte zuweilen besondere Schulmänner als Organe des Kreisschulinspektors zu beauftragen.

Verständnis für die Lage der Bauern.

Zur Abwehr ungerechter Vorwürfe gegen die Landwirte schreibt der „Deutsche Bauernbund“ unter der Überschrift „Was es den Bauer kostet und was er erhält“: Wenn die bäuerliche Bevölkerung heute verlangt, daß sie für ihre Fleisch- und Milchprodukte höhere Preise erhält als die vorgeschriebenen Höchstpreise, wenn sie erklärt, daß sie bei solchen Preisen nicht mehr auf ihre Kosten kommt und das Recht hat, die Produktion einzustellen, so liegt solchen Forderungen nicht böser Wille zugrunde, sondern lediglich die Erkenntnis, daß außer dem Steuererheber niemand das Recht hat, dem Bauern das Geld aus der Tasche zu nehmen. Lange Zahlen über Produktionskosten beweisen nicht viel. Eine kleine, aber wahre Begebenheit spricht Bände: Ein kleiner Bauer im Hannöverschen bringt die vom Viehhandelsverband zum Schlachten bestimmte Kuh zur Ablieferung. Sie wiegt 8 Zentner; er erhält dafür 640 ℳ. Mit diesem Geld wollte er sich etwas Wäsche, einen Anzug und ein Paar Schuhe kaufen. Er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Geld reichte zu einer Arbeitshose, einigen Hemden, Socken, Unterhosen und ein Paar Arbeitsschuhen. Mit dem Traum von einem ganzen Anzug wars also nichts. Es ist ein schreiendes Mißverhältnis zwischen dem Preis, den der Landwirt, und namentlich der kleine Landwirt, für seine Produkte erhält, und dem, was ihn das Leben kostet. Solange dieses schreiende Mißverhältnis nicht aufgehoben ist, setzt sich auch der Bauer zur Wehr, entweder durch Einstellung der Produktion oder durch Verkauf im Schleichhandel. Das ist unabänderlich, daran werden keine Gesetze und keine Revisionen, keine Zwangsmaßregeln etwas ändern.

Anträge des preußischen Bevölkerungsausschusses.

Der Bevölkerungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat unter dem Vorsitz des Physiologen der Universität Halle, des demokratischen Abg. Geh. Medizinalrats Prof. Abderhalden eine Reihe bemerkenswerter Beschlüsse gefaßt, die demnächst als Anträge das Plenum der Landesversammlung beschäftigen werden. Diese Anträge lauten:

1. Die Staatsregierung zu ersuchen, an allen Universitäten und den Akademien für praktische Medizin gut ausgestaltete Kliniken und Polikliniken für Haut- und Geschlechtskrankheiten zu schaffen, soweit das noch nicht geschehen ist.

2. Die Staatsregierung zu ersuchen, die Gemeinden anzuhalten, möglichst viel Land in der Umgebung von Industrieorten und vor allem von Städten zu billigen Preise unmittelbar an die nicht Land besitzende Bevölkerung oder an gemeinnützige genossenschaftliche Organisationen zur Anlage von Kleingärten abzugeben.

3. Die Staatsregierung zu ersuchen, die vom Ausland eingeführten, teuren Nahrungsmittel der minderbemittelten Bevölkerung dadurch zugänglich zu machen, daß die Gemeinden angehalten werden, entweder die Verkaufspreise nach Vermögen und Einkommen unter besonderer Berücksichtigung der Kinderzahl zu staffeln oder aber einen Teil der Kosten für die Minderbemittelten zu tragen.

4. Die Staatsregierung zu ersuchen, an den größeren Universitäten Extraordinariate mit Lehraufträgen für Vererbungs- und Konstitutionslehre einzurichten.

5. Die Staatsregierung zu ersuchen, den Verkauf von Süßigkeiten und insbesondere von Speiseeis im Straßenhandel zu verbieten.

6. Die Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß der Schulanfang nicht vor 8 Uhr morgens festgesetzt werde.

Merseburg und Umgegend.

22. Mai.

** **Neuregelung des Verkehrs mit Kolonialwaren.** Die bisherigen Verordnungen über den Verkehr mit Kaffee, Tee, Kakao und anderen Kolonialwaren, außer Reis, sind vom Reichsernährungsminister außer Kraft gesetzt worden und das Reichswirtschaftsministerium hat neue Verfügungen erlassen. Danach werden für Kaffee, Tee und Kakao „Wirtschaftsstellen“ eingerichtet, die über die Einfuhr und Verteilung bezw. beim Kakao über die Verarbeitung zu entscheiden haben. Bisher durfte die Ware nur durch den Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel abgesetzt werden. Materiell wird, und insbesondere für den Verbraucher, an dem bisherigen Zustande nichts geändert und die Versorgung durch den Schleichhandel, wie es scheint, weiter die einzige bleiben, auf die der Konsument rechnen kann. Alle Kolonialwaren dürfen von nun an nur mit schriftlicher Bewilligung der Wirtschaftsstellen eingeführt werden. Übertretungen der vom Ministerium bezw. von ihm erlassenen Bestimmungen sind mit Geldstrafe bis zu 100 000 ℳ event. mit Gefängnis und Ehrverlust bedroht.

** **200jährige Reminiszenz.** Vor 200 Jahren ward die Residenz- und Stiftsstadt Merseburg durch eine Bluttat erregt. Die von dem „Vicario bey der Bischofflichen hohen Stifts-Kirchen zu Merseburg Gottfried Ludwig Prägern mit allem Fleiß fortgeführte Merseburgische Chronica“ erzählt darüber: „Anno 1719 den 22. May Abends zwischen 7 und 8 Uhr hat des Fürstlich Merseburgischen Heege-Reuters Sohn, Johann Winckler, der seinen Vater in Dienste schon adjuncgiret war, Christian Gottschalden, der ihm nichts zu nahe geleget hatte, in Johann Müllers, des Fürstlichen Fasan-Wärters Hauße auf dem Neumarckte vor Merseburg, mit einem Hirsch-Fänger den Kopff von einander gehauen, daß er den 30. May früh um 8 Uhr gestorben. Der Thäter büßte hierüber nicht nur seinen Dienst ein, sondern mußte auch viele Zeit und Geld aufwenden, ehe er pardoniret wurde.“

Schwickert.

*

Von der Bettlergasse in Merseburg und von Gotthardtsteichnot.

Früher habe ich einmal über den Gotthardtsteich-Durchbruch vom 6. März, Mittwoch nach Reminiscere 1504, berichtet, wobei Merseburg von einer furchtbaren Wassersnot heimgesucht ward und viele Häuser, Scheunen und Ställe an der Geisel zerstört worden sind. Nach hartem Frost trat plötzlich Tauwetter ein und die Geisel ergoß sich in Strömen auf den gefrorenen Teich, so daß sich das Eis erhob, wobei aber das wilde Gerinne und das Schutzbrett versetzt und der Ablauf des Wassers verhindert wurde. Bei der Dammühle ging das Wasser über die Stadtmauer und zerriß einen Teil, so daß das entfesselte Element nun mit aller Macht in die Stadt strömte und besonders an den nächstliegenden Gebäuden schweren Schaden anrichtete. Auf dem Markte stand das Wasser „eines langen Mannes hoch“ und lief in den Ratskeller. Es ertranken 9 Menschen und 360 Stück Vieh.

Von der hereinbrechenden Wasserflut und „den erstaunlich großen und dichtgedrängten Eisschollen, die wie Geschützkugeln gegen die Mauer schlugen“ wurde „die Bettlergasse“ und mehrere schöne Gärten dem Erdboden gleich gemacht, so daß keine Spur mehr davon zu finden war“.

Eine Straße mit dem Namen „Bettlergasse“ existiert in Merseburg nicht mehr. Ich bin daher gefragt worden, wo ist die „Bettlergasse“? Ich konnte damals nur eine auf Vermutung gegründete Antwort geben. Nach obigem Sachverhältnis muß sie in der Nähe der Geisel sein, und zwar in der Nähe der Stadtmauer bei der Dammmühle, die von der Geisel getrieben wird. Auf diese Lage deutet auch der bis in unsere Zeit „auf dem Sande“ vorhandene „Betielbrunnen“, dessen Platz noch heute kenntlich ist durch die gegenüber der Hirtenstraße in der gelben Mauer der Kleinkinderbewahranstalt befindliche Brunnennische. Ausweislich der 1863 vom Bürgermeister Heinrich Seffner, geb. 16. November 1805 zu Kösen, gest. 19. Januar 1888 zu Merseburg, herausgegebenen „Verwaltung der Stadt Merseburg 1833 bis 1861“, S. 31 und 33, lag das „Armenhaus am Bettlerbrunnen“.

Somit ist deutlich, daß die Bettlergasse in der Nähe der Dammmühle und in der Nähe des Bettlerbrunnen sein muß und aus dem Namen Bettlerbrunnen schließt vielleicht mancher, daß sie „auf dem Sande“ zu suchen ist, wo noch heute die Bettlerbrunnennische vorhanden ist. Das wäre aber ein Irrtum. Nach einer im Merseburger Ratsarchiv befindlichen Urkunde von 1494 liegt die Bettlergasse gegenüber der „Thammole“, d. h. Dammühle, in Merseburg. Die Bettlergasse ist also die heutige Hirtenstraße, die im Süden der Dammühle gegenüberliegt und mit ihrem anderen Ende „auf dem Sande“ mündet, wo der Bettlerbrunnen gegenüber lag.

Befremden wird es, daß Anno 1504 Geisel und Gotthardtsteich solch exorbianten Schaden angerichtet haben. Solch verhängnisvolles Auftreten traut man ihnen jetzt wohl kaum zu, da wir sie fast nur in recht friedlicher Erscheinung kennen und wenn es wirklich einmal etwas wild wird, so ist es doch nur ein harmloses Geplätscher, das an solche böse Zerstörung nicht denken läßt.

Es ist zu berücksichtigen, daß 1504 der Teichdamm, über den jetzt die Weißenfelser Chaussee führt, noch nicht seine jetzige Stärke hatte. Unser Landesherr, Stiftsadministrator Herzog Christian, hat um 1690 durch seinen Landbaumeister Johann Michael Hoppenhaupt den Teichdamm durch „kostbare Grund und Futter Mauer verwahrt“. Hiervon zeugt auch eine Inschrift im Teichhaus, das nach seinem ersten Erbauer den Namen „Herzog Christian“ führt und dieses Jahr von der „Jugendpflege“ gekauft worden ist. Um 1700 klagt der Chronist Vulpius, „daß itzo der Damm meistentheils von großen Fluten und Wellen eingeschwämmt, theils aber noch steht“.

Trotz wiederholter Arbeiten am Damm hat der Gotthardtsteich noch manche Wassersnot gemacht, besonders 1709, 1735, 1784, 1799, 1814, 1827 und Ende Februar 1830 drohte der Damm zu zerreißen, mehrere hundert Menschen arbeiteten an seiner Erhaltung. Das ist, so weit mir bekannt, die letzte derartige Nachricht und heute sind gefährliche Gotthardtsteichüberschwemmungen wohl nicht mehr möglich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die den Gotthardtsteich speisende Geisel und somit auch der Teich und sein Abfluß, die Klia, ehemals viel wasserreicher gewesen sind. Der Teich war größer und hatte, da er bis Zscherben hin flutete und die Krone des Dammes so leicht erreichte, höheren Wasserstand als heute. Die Geisel war stark genug, bei der Stadt 2 Mühlen zu treiben: die Dammühle und die auf dem Teichdamme befindliche Walkmühle (das jetzige Myliussche Grundstück). Um 1700 mußte die Walkmühle eingehen, weil die Wasserkraft für sie und die Dammühle nicht mehr ausreichte, aber die Geisel hatte doch beide Mühlen lange Zeit getrieben, also ist Geisel und Teich früher wasserreicher gewesen und noch bis in das 19. Jahrhundert hinein waren sie so wasserreich, um für die Stadt Überschwemmungsnot zu bringen. Daß der Wasserreichtum des Gotthardtsteiches auch weiterhin abgenommen hat, ist augenscheinlich.

Bemerkt sei, daß, als um 1700 „die Walk-Mühle am Gotthardtsteiche vor dem Sixtithor, da vor diesen auch eine Ölmühle war, welche nun abgeschafft worden“, eine Walkerei in die Königsmühle kam und die Mühle vor dem Sixtitor, ungefähr 20 Jahre ungenützt stand. Am 15. April 1717 kaufte Martin Plenz das Grundstück vom Herzog Wilhelm, um eine Papiermühle anzulegen. Am 1. Juni 1833 ging sie in den Besitz von Schreiber über, der die Papierfabrikation bis 1860 betrieben hat, dann kam die Mühle an die Familie Mylius und ward Gerberei. In alten Zeiten hieß die Mühle „das grüne Bändchen“.

Die Dammühle hat ihren Namen vom Teichdamm, von dem sie jetzt ungefähr 80 Schritt entfernt ist. Aber der Teich hat sich, bis Bischof Thilo von Trotha 1483 ihm eine andere Form gab, weiter nach Osten erstreckt und der damalige Damm lag der Stadtmauer und Dammühle nahe. Als am 6. März 1504 der Teich ausbrach und das Wasser bei der Dammühle über die Stadtmauer ging, hat die Mühle arg gelitten. Bischoff Adolf Prinz von Anhalt hat 1515 die Mühle neu erbaut, wie noch heute sein Anhaltiner Bärenwappen mit dem Merseburgischen Stiftskreuz in der Mitte am Ostgiebel der Mühle verkündet. Von der Bischofszeit her blieb die Dammühle im Eigentum des Stift-Merseburgischen Fiskus und ist von ihm 1815 auf den preußischen Fiskus übergegangen, bis sie 1821 an Joh. Michael Uhlig aus Beuna für 16 978 Taler 21 Sgr. 6 ₰ verkauft ward. Später war Eigentümer Friedrich Kürbitz, der so gutes Stollen-Mehl lieferte, daß es uns heute noch schmeckt! Von seinem Erben Mühlenbesitzer Karl Kürbitz in Zeddenbach kaufte sie der Rischmühlenbesitzer Leo Heberer am 15. August 1905.

Arthur Schwickert.

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

50. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Frau Doktor Bartels konnte wieder einmal in moralischer Entrüstung schwelgen, und fühlte sich berufen, diesem Skandal nun ein für allemal ein gründliches Ende zu bereiten, zumal diese „Person“ sich auch noch so unverschämt gegen sie benommen hatte. Es würde sich ja wohl eine Gelegenheit finden, ihr das gehörig einzutränken zu können.

Liane hatte ihre Selbstbeherrschung langsam wiedergefunden. Sie vermochte wenigstens wieder Rede und Antwort zu stehen. Aber wer sie kannte, mußte ihr anmerken, wie elend und traurig ihr zumute war.

Und Graf Detlev und Hanna beobachteten sie besorgt und merkten wohl, daß etwas Furchtbares sie quälen mußte, seit diese Frau Dr. Bartels aufgetaucht war.

In Graf Detlevs Herzen regte sich ein feindliches Gefühl gegen diese Frau. Instinktiv fühlte er, daß Lianes Abscheu vor ihr berechtigt war.

Wie gerne hätte er sie gebeten, ihm anzuvertrauen, was sie quälte, und ihm zu gestatten, sie zu beschützen. Aber er hatte kein Recht zu dieser Bitte.

In Lianes Hirn jagten sich qualvolle, furchtbare Gedanken. Sie fühlte sich schutzlos ihrer Feindin preisgegeben und hatte eine wahnsinnige Angst vor ihr. Wenn diese Frau jetzt aufstand und ihr vor all diesen Menschen nochmals die Beschimpfung ins Gesicht schleuderte, wie damals — dann — ja — dann mußte sie vernichtet zu Boden stürzen. All ihre Unschuld half ihr nichts.

Was sollte, was konnte sie gegen einen solchen Angriff tun?

Nichts!

Nein, sie konnte sich nicht einmal verteidigen, konnte nichts erklären. Und selbst wenn sie zu erklären versuchte, würde man ihr glauben? Sie mußte ja zugeben, daß Onkel Joachim eine Wohnung für sie gemietet hatte, daß er tagelang mit ihr in dieser Wohnung zusammen gelebt hatte, und — daß sie in keiner Weise mit ihm verwandt war.

Sie durfte Onkel Joachim nicht einmal zum Schutz herbeirufen, denn wenn er für sie eintrat, schaffte er für sich selbst eine schlimme Lage, ohne ihr helfen zu können. Auch er konnte niemand zum Glauben zwingen, daß zwischen ihm und ihr ein lauteres, reines Verhältnis bestand. Daß er seiner Familie dieses Verhältnis verschwiegen hatte, warf ein falsches Licht darauf.

Ach, warum hatte Onkel Joachim seiner Frau nichts von ihrer Existenz gesagt — und warum hatte er ihr so lange verheimlicht, daß er verheiratet war?

„Er hat nicht geahnt, was er mir damit angetan hat. Weil er selbst ein edler, hochgesinnter Mensch ist, hat er nicht geahnt, daß böse Menschen uns mit schnödem Mißtrauen begegnen könnten.“

So dachte sie müde und traurig. Sie war hilflos den böswilligen Verleumdungen ihrer Feindin preisgegeben, wenn es dieser einfiel, sie hier zu wiederholen. Wer wollte sie daran hindern, es zu tun?

Dieses niedrig denkende Weib haßte sie und würde sich ganz sicher keine Gelegenheit entgehen lassen, ihr zu schaden, zumal sie sich vorhin so verächtlich von ihr zurückgezogen hatte.

Und doch hatte sie sich ihr gegenüber nicht anders verhalten können. Sie hatte, als sich diese Frau neben sie gesetzt hatte, das Empfinden gehabt, als krieche eine giftige Kröte an sie heran.

Und nun saß sie mit todtraurigem Herzen zwischen Hanna und Graf Detlev und dachte immer wieder in heißer Angst:

„Deine Feindin wird dich vertreiben aus dem stillen Friedensasyl, das du gefunden hast. Sobald es ihr beliebt, ihr Gift über dich auszuspritzen, bist du wieder heimatlos. Und du mußt es wehrlos erdulden und dein Antlitz in Scham und Not bergen, als seiest du wirklich schuldig. Alle werden an deine Schuld glauben — auch Graf Detlev — und alle werden dich verachten.“

Sie schauerte wie im Frost zusammen und biß die Zähne wie im Krampf aufeinander.

Graf Detlev sah sie besorgt an.

„Ist Ihnen zu kühl, mein gnädiges Fräulein?“ fragte er.

Glanzlos, mit erloschenen Augen blickte sie ihn an.

„Nein — ich fühle mich nur nicht wohl.“

„Was ist Ihnen, Fräulein Liane?“ fragte nun auch Hanna.

„Ich habe starkes Kopfweh, Fräulein Hanna. Bitte, achten Sie nicht darauf.“

„Wir fahren ja nun bald nach Hause“, sagte Hanna wie tröstend. Und wirklich brach man nach einer Stunde etwa auf.

Als man sich von Baron Wachau und seiner Mutter verabschiedete, drängte sich Frau Doktor Bartels geschickt an Liane heran. Sie mit einem haßerfüllten Blick ansehend, flüsterte sie ihr zu:

„Man hat sich das sehr klug ausgedacht, dies ländliche Idyll mit dem sogenannten Onkel, von dem hier niemand etwas weiß. Schämen Sie sich — es ist ein Skandal!“

Liane war zumute, als müsse sie laut aufschreien vor Herzensnot. Aber die Kehle war ihr zusammengepreßt. Zitternd wich sie vor ihrer Peinigerin zurück; diese wollte ihr folgen. Aber da stand plötzlich Graf Detlev neben Liane. Er wich nicht von ihrer Seite, bis sich ihre Angreiferin entfernte, die er mit einem feindseligen Blicke maß.

Frau Doktor Bartels sah ihn wie bedauernd an.

„Ich glaube gar, dieses verderbte Geschöpf will auch den Neffen in denselben Schlingen fangen wie seinen Onkel. Man tut wirklich ein gutes Werk, wenn man der schlauen Kokette das Handwerk legt. Ihr Opfer kann man ja tunlichst dabei schonen“, dachte sie.

Und ihr Entschluß, dem „Skandal“ ein Ende zu machen, befestigte sich noch mehr.

Als Graf Detlev nun neben Liane hinaus zu dem Auto ging, sagte er leise:

„Diese Frau Doktor Bartels ist Ihre Feindin aus irgend einem Grunde, mein gnädiges Fräulein. Kann ich Ihnen dienen, Ihnen helfen, so lassen Sie es mich wissen. Mein Leben hat nur noch Wert für mich, soweit ich Ihnen damit nützen kann.“

Liane schüttelte müde und traurig den Kopf.

„Gegen diese Frau kann mir nichts und niemand helfen. Sie ist allerdings meine Feindin, und ich verabscheue sie wie die Sünde.“

Mehr konnten sie nicht zusammen sprechen. Sie waren bei dem Wagen angelangt.

Baron Wachau hatte Komteß Steffie begleitet.

„Also Ehrenwort, Baron Hans, nächste Woche kommen Sie nach Rastenau“, sagte die Komtesse.

Der Baron verbeugte sich lachend.

„Großes Ehrenwort, ich komme ganz bestimmt. Ich will nur hier erst noch eine Woche Übung laufen, damit ich in Rastenau sicher auftreten kann und mich nicht mehr auf den Stock stützen muß. Bitte, empfehlen Sie mich Ihren lieben, verehrten Eltern.“

„Das will ich tun. Auf Wiedersehen also.“

„Auf Wiedersehen, Burgfräulein Übermut.“

Hanna hatte inzwischen im Auto Platz genommen. Ihre Mutter folgte. Man nahm dieselben Plätze ein wie auf der Herfahrt.

Komteß Steffie stieg wieder zuletzt ein und nickte Baron Hans noch einmal zu.

„Gute Besserung! Eilen Sie sich, daß Sie wieder fest auf den Füßen stehen können.“

Er sah sie lachend an und stand stramm.

„Kann ich schon.“

Das Auto fuhr davon.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131919052-13/fragment/page=0005

Kammer-Lichtspiele.

Ab Freitag bis Montag:
Die Königin der Filmwelt ☛ Henny Porten ☚ in:

Die blaue Laterne!!!

Seelen-Drama in 5 Akten unter Benutzung von Motiven aus dem gleichnamigen Roman v. Paul Lindau v. Irene Darland.

Anfang 7½ Uhr.

Halbblut!!!

Die Geschichte zweier Männer und einer Frau in 4 Akten mit ☛ Nessel Orla ☚ in der Hauptrolle.

Anfang 7½ Uhr.

Spargel.
Albert Trebst,
Blumenhandlung, Entenplan 3.
Fernruf 475.

Prima Braunschweiger
Spargel
frisch eingetroffen
und empfiehlt billigst
Paul Näther Nachf.
Fernruf 343.

Korbmöbel
liefert billigst. Photographien franko zur Ansicht.
Rich. Dunkler,
Weißenfels/S., Gutenbergstr. 1.

Kostüm-Röcke
in guten Stoffen
·/· 48 Mark. ·/·
Theodor Freytag.

Herrensocken
(Macco), linksrh. Ware, in schwarz und farbig.
Frz. Hildebrandt,
Kleine Ritterstraße 13.

Wasch-maschinen
und
Wring-maschinen
sind wieder eingetroffen!
Gustav Engel,
Fernruf 203.

NEU-AMICITIA.
Freitag, den 23. Mai 1919, abends 7 Uhr:
/ Versammlung /
im „Casino".
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Der
Gesellschaftsverein Frohsinn
hält Sonntag d. 25. Mai sein
20. Stiftungsfest
bestehend aus Konzert u. Belustigungen aller Art, von nachmittag 3 Uhr an im Thüringer Hof" ab.
Gäste und Freunde sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

V.-C. „Preußen".
Sonntag den 25. d. M.
Ausflug nach Schkopau!
Gasthof „Zum Raben".
Daselbst von nachm. 5 Uhr an
☛ Tänzchen! ☚
Abmarsch 4 Uhr v. Krankenhaus.
Der Vergnügungsausschuß.

Cinophon-Theater
Fernruf 215 : Große Ritterstraße 1 : Fernruf 215

Ab Freitag bis Montag:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen
nach dem berühmten Roman von Jules Verne.
Spannendes Detektivschauspiel in 8 Akten.
Beate Georgi!!!
Ein Frauenschicksal in 4 Akten.

Sonntag ab 3 Uhr: Jugend-Vorstellung!
Zur Vorführung gelangt:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen
Sonntag ab 5 Uhr und 7½ Uhr:
Vorstellungen für Erwachsene!
☛ Bei diesem Programm ∴ ∴ ∴ ∴
∴ ∴ ∴ ∴ gelten die Sonntagspreise! ☚

Heute letzter Tag:
Carmen!!!

Zur Kreistagswahl!

Wie muß das deutsche Bauerntum wählen?

Der Wahltag zum Kreistag ist der Schicksalstag unserer engeren Heimat, er bedeutet aber auch die

Entscheidungsstunde für den Bauernstand.

Was galt der kleinere und mittlere Bauernstand im Obrigkeitsstaat? Der Einfluß des Großgrundbesitzes in Kreistagen und Provinziallandtagen, in Kreis- und Bezirksausschüssen, sowie in allen Verwaltungszweigen hatte das bäuerliche Element vollständig zurückgedrängt.

Der Kampf um die bäuerliche Scholle

hat im Obrigkeitsstaat niemals aufgehört. Auch in der Kriegswirtschaft trafen die Verordnungen des Kriegsernährungsamtes

die bäuerliche Bevölkerung mit voller Schärfe.

Vor dem Großgrundbesitze machte man Halt.

Die Abgabe von Vieh und Kartoffeln, die Bewilligung der Druschprämie, die zwangsweise Einziehung der Gespanne, die Zuteilung von Gerste und Kleie atmete den Geist einer Begünstigung des Großgrundbesitzes.

Soll das am Wahltage zum Kreistage vergessen sein? Nein! Daran wird der kleinere und mittlere Landwirt denken. Er wird und muß daran denken, daß jetzt

dieselben führenden Kräfte des Großgrundbesitzes

denselben führenden Einfluß in der mit aus der alten **konservativen Partei** gebildeten

Deutschnationalen Volkspartei

ausüben, diese Tatsache sucht die neue Partei dadurch zu verschleiern, daß sie vorgibt, allein den Kampf für die Wohlfahrt der Nation, für die Aufrechterhaltung der Würde der Kirche und Religion zu führen und die **Deutsche demokratische Partei** wider besseres Wissen beschuldigt internationale Bestrebungen zu unterstützen, und den hohen moralischen Wert religiösen Lebens durch Schaffung freiheitlicher Einrichtung zu gefährden.

Das ist eine absichtliche

Irreführung der Wähler und Wählerinnen.

Die **Deutsche demokratische Partei** kämpft für Freiheit — Ehre — Vaterland! Sie will einen Volksstaat mit gleichem Recht für alle. Sie will die deutsche Nation in ihrem Nationalgefühl festigen und sie zur freiesten der Welt machen. Die **Deutsche demokratische Partei** vertritt hierbei den Grundsatz, daß

wirkliche Freiheit das größte Geschenk für die Kirche

ist. Frei und unabhängig von unzeitgemäßer staatlicher Beengung muß die Geistlichkeit wirken können. Die Deutsche demokratische Partei verlangt Schutz der Würde der Kirche, damit diese nicht zur Almosenempfängerin herabsinkt.

Die Deutsche demokratische Partei

verlangt Raum für vermehrte Ansiedlungen des kleineren und mittleren Bauernstandes. Hierin liegt unsere wirtschaftliche Stärke und unsere wirtschaftliche Zukunft. Unzeitgemäß und wirtschaftlich nachteilig ist die Erhaltung von Staatsdomänen und eines überwiegenden Großgrundbesitzes.

Die Deutsche demokratische Partei steht hierbei auch im scharfen Kampfe

gegen die Enteignungsabsicht der Sozialdemokratie.

Frei soll und muß der Bauer auf eigener Scholle auch im freien Volksstaat sein. Die Überführung des Grund und Bodens in gesellschaftliches Eigentum macht den kleinen und mittleren Landwirt zum abhängigen Gliede einer von oben geleiten wirtschaftlichen Staatsmaschine.

Beide sozialdemokratische Richtungen

wollen diese Überführung in gesellschaftliches Eigentum. Was sie trennt, ist nur die Frage der Zeit. Gelingt es der Sozialdemokratie, im Kreistage die ausschlaggebende Mehrheit zu erreichen, dann wird dies von nachhaltigster Wirkung auf allen kommunalen Gebieten unserer engeren Heimat sein.

Darf dies der Bauersmann, dürfen dies die Frauen auf dem Lande am Wahltage vergessen?

Hütet Euch, Ihr Frauen und Männer auf dem Lande! Laßt Euch nicht irreführen durch die bewußte falsche Behauptung, daß Demokratie und Sozialdemokratie politisch gleichbedeutend seien.

Blickt auf den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Deutsche demokratische Partei.

Uns fürchtet die Sozialdemokratie am meisten!

Die alte konservative Partei unter dem neuen Namen „Deutschnationale Volkspartei" kann der Sozialdemokratie wenig Abbruch tun. Das System des alten konservativen Obrigkeitsstaates ist endgültig zerbrochen.

Der demokratische Gedanke

hat unwiderstehlichen Einzug gehalten im deutschen Volke, wie alle bisherigen Wahlen zur Genüge bewiesen haben.

Wählt deshalb am 25. Mai nur die Kandidatenlisten der

Deutschen demokratischen Partei!

Wählt aber alle! Keine Frau auf dem Lande, kein Landwirt darf fehlen!

Die Not des Vaterlandes, das unter unsern Füßen gärt und keucht unter den brutalen Gewaltakten einer verblendeten Masse, fordert von Euch die Erfüllung Eurer Wahlpflicht!

Wählt demokratisch!

Deutsche demokratische Partei.

Angestellte! Unternehmer!
Am Freitag den 23. Mai, abends 8 Uhr,
spricht
Herr Ingenieur Schrecke von der Zentrale für Heimatdienst, Berlin, im Saale des „Tivoli"
über das Thema:
Sozialisierung der Betriebe und des Handwerks.
Handwerker, Werkmeister, Ingenieure, Chemiker, Poliere, Kaufleute und Arbeiter werden hierzu eingeladen.
Zweigverwaltung des Deutschen Techniker-Verbandes für Merseburg und Umgegend.

Achtung! Gärtner und Gärtnereiarbeiter!
Sonnabend den 24. Mai 1919 abends 8½ Uhr
findet im „Tivoli" Merseburg
eine öfftl. Versammlung
statt. Alle in Gartenbau und Blumenbinderei gegen Lohnerwerb tätigen Angestellten sind hierzu eingeladen.
Tagesordnung:
1. Die Tarifbewegung in der Gärtnerei. 2. Freie Aussprache.
Der Einberufer

Gasth. Netzschkau
Sonntag den 25. Mai abends ½7 Uhr
Gr. Vereinsball.
Verstärkte Kapelle!
Es ladet freundlichst ein Jugendverein „Einigkeit" e. V.
Der Vorstand: Herrich.

Neues Schützenhaus
Sonntag, 25. Mai, ½4–6 Uhr nachmittags
großes Garten-Konzert
ausgeführt von der Regiments-Musik der Landesjäger zu Merseburg.
Abends von 7 Uhr an
großer Ball.
Es ladet freundlichst ein Herm. Eilenberger.

Strandschlößchen Merseburg.
Sonntag den 25. Mai, von nachm. 3 Uhr ab
großer Ball.
Gut besetztes Orchester.
Hierzu ladet freundlichst ein A. Weiß.

Thüringer Hof.
Sonnabend den 24. d. Mts., abends 7½ Uhr
großer humoristischer Abend
ausgeführt von Halle's sehr beliebten Müller-Sängern.
Nur erstklassige Kräfte! Zum Totlachen!
Nach dem Theater: ✱ Kavalier-Ball. ✱
Um gütigen Zuspruch bitten
Bruno Knoche die Müller-Sänger.

Sonnabend, den 24. d. M. erhalte ich wieder eine Auswahl
prima ostfriesisches
Milchvieh,
H. Heydenreich, Crumpa b. Mücheln
Telephon 39. — Telephon 39.

Von Freitag mittag an steht ein Posten
Hauslämmer
sowie gute **Läuferschweine**
und prima Ferkel
bei uns zum Verkauf.
Geor. [illegible]mar, Merseburg, Weiße Mauer 1.

Pfälzer Waldverein
(Ortsgruppe Merseburg).

Nächster Vereinsabend am Freitag den 23. Mai 1919 im Restaurant „Schultheiß", Burgstraße.

Fuhren
aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw. besorgt **Emil Jentsch,**
Neumarkt 76.

Fahre
m. leerem Möbelwagen Sonnabend d. 24. 5. nach Halle!
Paul Grünewald, Möbeltransp.

Vertreter
für Handfeuerlöschapparate gesucht. Offerten unter „Vertreter" an die Expedition d. Bl.

Schriftsetzer,
möglichst im Papierwarenfach erfahren, auf einige Wochen zur Aushilfe gesucht.
C. Görling, G. m. b. H.

Maurer und Arbeiter
werden eingestellt.
Rob Schreyer, Nulandtstr. 12.

Tüchtiger
Speicherarbeiter
sofort gesucht.
Landw. Konsum-Verein.

Jüngeres
Arbeitsmädchen
für sofort gesucht
Peitschenfabrik Kleine Str.

✱ Eine Anlegerin ✱
sowie in
Kartonnagenarbeit
geübte
Frauen u. Mädchen
werden gesucht.
C. Görling, G. m. b. H.

Frauen
zur Feldarbeit sucht
M. Hertel, Saalstraße.

/✱/ **Frauen** /✱/
zur Gartenarbeit
sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Hilfe in der Damenschneiderei
sucht Frau E. Müller, Schmale Straße 4.

Durchaus flotte, energische, jüngere
Verkäuferin
der Kurz-, Galanterie- und Spielwarenbranche per 1. Juli oder 1. Oktober gesucht.
Angebote mit Bild und Zeugnisabschriften unter „Verkäuferin" a. d. Exp. d. Bl. erb.

Zur Pflege einer an einem Schlaganfall leidenden Dame wird
ält. gut empfohlenes Mädchen oder alleinstehende Fr[illegible]
in guten, bürgerl. [illegible] gesucht. Angebote unter [illegible] an die Exped. d. Bl. erb[illegible]

[illegible]uche sofort
/ **Dienstmädchen.** /
Runkel, Kötzschen.

Küchenmädchen,
möglichst vom Lande, welches etwas Hausarbeit mit übernimmt, sofort gesucht
Frau Reg.-Rat Knoblauch, Merseburg, Domprobstei 2.

Mädchen,
welch. Ostern die Schule verlassen, wird ges. Clobikauer Str. 30 Hf. I.

Aufwartung gesucht Grünestraße 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190523-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich 3,10 M.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 111 | **Freitag den 23. Mai 1919.** | **45. Jahrg.**

Deutschlands Absage an die Geheimdiplomatie.

Die Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann in der großen Protestversammlung auf dem Königsplatz vom Mittwoch ist ihres Inhaltes wegen geeignet, in der Geschichte der Beziehungen der Völker Epoche zu machen. Es ist ein bisher noch nie dagewesener Vorgang, daß der leitende Staatsmann eines Landes vor einer Massenversammlung aus allen Schichten der Bevölkerung Mitteilungen über schwebende diplomatische Verhandlungen von größter Tragweite macht. Das aber hat Scheidemann getan, als er vor Abertausenden von Zuhörern unter freiem Himmel und also vor dem ganzen Volke auf den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge einging, die die deutsche Regierung den unerhörten Friedensbedingungen unserer Feinde gegenüberstellt. Durch dieses Verfahren geschieht nichts geringeres, als daß die Gesamtheit aller Deutschen zu tätiger Mitarbeit an der Gestaltung seiner Zukunft aufgerufen wird, und damit hat sich unsere Regierung in einen bewußten und scharf ausgeprägten Gegensatz zur Entente gestellt.

Es war eine der Hauptforderungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson, daß in Zukunft die Geheimdiplomatie ein Ende haben solle, der zu einem nicht geringen Teile die Schuld an der Katastrophe von 1914 zuzuschreiben ist. Es ist in der Tat allgemach eine Binsenwahrheit geworden, daß heute die Völker zu reif dafür sind, als daß ihr Geschick durch Verträge vorbestimmt werden dürfte, die das Licht des Tages scheuen. Und trotzdem hat Herr Wilson auch in diesem Punkte in Paris eine glatte Niederlage erlitten, denn die schmachvollen und die ganze Welt mit Schrecken erfüllenden Henkersbedingungen des von unseren Feinden formulierten Friedensvertrages sind im strengsten Geheimnis und unter vollkommenstem Abschluß von der Außenwelt ausgeklügelt worden. Wäre all das, was nachträglich auf dem Wege über die deutsche Presse der empörten Welt als „Friedensbedingungen" bekannt geworden ist, von Anfang an unter der Mitarbeit der Öffentlichkeit zustande gekommen, dann stünden wir und die Welt heute nicht da, wo wir tatsächlich stehen. Gerade die Erfahrungen der letzten Zeit haben den schlüssigen Beweis dafür erbracht, daß die Geheimdiplomatie eine Kunst von gestern sein muß, und der Entschluß des deutschen Ministerpräsidenten zieht zum ersten Male aus dieser Erfahrung wirklich die letzten Konsequenzen. Er ist aber vor allem auch innerpolitisch zu begrüßen. In der deutschen Presse ist vielfach das Bedauern darüber zum Ausdruck gekommen, daß der „Souverän des deutschen Volkes", die Nationalversammlung, nicht befragt worden sei, ehe die deutschen Gegenvorschläge den Gegnern unterbreitet wurden. Jetzt hat die Regierung diese Forderung noch in viel weitergehendem Maße erfüllt, denn sie hat nicht nur einer Versammlung von etwas über 400 Volksvertretern, sondern dem Volke selbst eine Art Rechenschaftsbericht abgelegt, um ihm anzudeuten, wohin Weg und Ziel führen sollen. Das kann nur dazu beitragen, die Geschlossenheit der inneren Front zu fördern, und dieses Ziel ist mit starken Mitteln erreicht worden.

Die Friedensverhandlungen.

Die Antwort auf die deutsche Note.

Deutschlands „stillschweigende Anerkennung" der Schuld im November 1918.

Wie Havas meldet, beantwortete Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen die Note Deutschlands über die Wiedergutmachung und über die Zurückweisung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges wie folgt:

„Herr Präsident! In Ihrer Note vom 13. Mai erklären Sie, daß Deutschland trotz der „Annahme" der Verpflichtung der Entschädigungen im November 1918 nicht zugebe, daß diese Annahme die Verantwortlichkeit für den Krieg oder die Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schloß. Eine solche Verpflichtung kann aber nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Urhebers zugrunde liegt. Sie fügen hinzu, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg unternommen habe. Es ist aber nichts über die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, die sich an die Welt wendet, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgehe. Die deutsche Regierung hatte, indem sie keinerlei Protest gegen diese Behauptung einlegte, ihre Wohlbegründetheit anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Vorwurf des Angriffs und seine Verantwortlichkeit dafür klar und stillschweigend hingenommen.

[illegible] Volk nicht für die Handlungen [illegible] verantwortlich gemacht werden [illegible] Prinzipien des [illegible] ne Veränderung eines [illegible] tenden Personals würde [illegible] mmenen Verpflichtungen [illegible] 1871 gegenüber Frankreich [illegible] 917 gegenüber Rußland [illegible] Republik wurde diesen [illegible]

[illegible] s Berichtes der Kom[illegible] Antwort haben wir die [illegible] iierten Regierungen die [illegible] setzten Kommission als [illegible] die Ihnen nicht unter[illegible]

[illegible] rsicherung meiner Hoch[illegible] ge. Clemenceau."

[illegible] chland in der Antwort [illegible] 1918 den Vorwurf des [illegible] dadurch anerkannt habe. [illegible] hieß es: [illegible] hen sie (die Wiederher[illegible] n Schaden, welcher der [illegible] und ihrem Besitz durch [illegible] sser und aus der Luft [illegible] muß."

[illegible] en diesen Satz der Note [illegible] Note folgte das Tele[illegible] in die Entsendung der [illegible] enn man sich in Paris [illegible] merikanischen Note hält, [illegible] rklärungen der amerika[illegible] hatte, als einfach nicht [illegible] Punkte" legt man erheb[illegible] s Antwort ist geeignet,

Neueste Nachrichten.

Die Verlängerungsfrist zugestanden.

Versailles, 22. Mai. (Priv.-Telegr.) Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau, ist gestern folgende weitere Note Clemenceaus zugegangen:

Paris, 21. Mai. Euer Exzellenz! Ich habe Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai d. J. zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Friedensdelegation Bemerkungen vorzulegen wünsche, seien so verwickelt, daß die Denkschriften der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. d. M. gewährten 15tägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern infolgedessen eine Verlängerung dieser Frist. In Erwiderung Ihres Schreibens habe ich die Ehre, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag den 29. Mai zu verlängern.

Ein amtlicher französischer Kommentar zur Fristverlängerung.

Paris, 22. Mai. (Priv.-Telegr.) Die Pariser Morgenblätter bringen zum Notenwechsel über die Fristverlängerung einen gleichen vom französischen Außenministerium veranlaßten Kommentar. Danach werde der Rat der Vier ungefähr acht Tage Zeit brauchen, um die deutschen Gegenvorschläge, die am 29. Mai einlaufen werden, zu prüfen. Sodann wird eine Frist von 2 bis 3 Tagen zur Annahme oder Ablehnung der letzten Entscheidung gestellt werden. Davon, daß der Rat der Vier etwa von dem einen oder anderen Einwand der Deutschen überzeugt werde und dann in direkte Beratungen mit den Deutschen eintreten könnte, ist nicht einmal andeutungsweise die Rede. Es wird übrigens in dem Kommentar versichert, daß die Stimmung in Deutschland umgeschlagen (!?) habe und daß die Sozialdemokraten sowohl wie die Wirtschafts- und Finanzkreise jetzt auf die Unterschrift dringen. Nur Scheidemann und Noske hätten sich allzu sehr verrannt und werden vielleicht nicht mehr zurück können. Beiläufig wird zugegeben, daß in West- und Ostpreußen und in Schlesien die Dinge nicht so glatt liegen. Dort wäre gegebenenfalls zähester Widerstand gegen die Polen und selbst ein Franktireurkrieg zu erwarten. Der amtlich veranlaßte Kommentar schließt in allen Zeitungen mit der Berechnung, daß zwischen dem 10. und 15. Juni die Unterzeichnung des Friedens erfolgen werde.

Die Bewegungsfreiheit der deutschen Friedensdelegation wird abermals eingeschränkt. Die Hälfte des Trianonparkes darf von heute ab nicht mehr benutzt werden.

Wachsender amerikanischer Widerstand gegen den Friedensvertrag

Amsterdam, 22. Mai. (Priv.-Telegr.) Die „Westminster Gazette" meldet aus Paris: Bei einigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die den Friedensvertrag stark mißbilligen, nehme der Widerstand ständig zu. Wahrscheinlich werden Persönlichkeiten, die zu den amerikanischen Bevollmächtigten in enger Beziehung stehen, gegen den Friedensvertrag protestieren. Verschiedene Persönlichkeiten der amerikanischen Delegation haben ihre Koffer schon gepackt, der Rücktritt von anderen steht bevor. Einer der bekanntesten Männer der amerikanischen Delegation hat erklärt, dieser Vertrag bedeute nicht Frieden, sondern Krieg! Er fügte hinzu, daß auch er deshalb in Kürze sein Rücktrittsgesuch einreichen und den Brief, in dem er seine Entlassung fordert, veröffentlichen werde. Es sei begreiflich, daß Wilson in einem oder anderen Punkte nachgegeben habe. Gegen die Auseinanderhäufung solcher Fälle müsse aber protestiert werden.

Ein Gewaltakt Fochs.

Berlin, 22. Mai. Der Vorsitzende der deutschen Unterkommission für Kriegsgefangene bei der Waffenstillstandskommission in Spa, Major Pabst von Oheim, hat auf eine Verfügung des Marschalls Foch Spa „wegen verleumderischer Äußerungen" verlassen müssen, weil er in einem Vortrag in Berlin über die vergeblichen Bemühungen, das Los unserer Kriegsgefangenen zu mildern, gesprochen hatte.

Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz zwecks Stellungnahme gegen den Gewaltfrieden.

Bern, 22. Mai. Der über 600 000 organisierte Mitglieder zählende allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm gestern auf einem Sonderkongreß in Mailand einstimmig eine Tagesordnung an, in der die alsbaldige Eröffnung der ersten Tagung der internationalen Arbeiterkonferenz gefordert und der politische, wirtschaftliche und soziale Vergewaltigungsversuch der Pariser Konferenz gebrandmarkt wird.

Grubenkatastrophe in Mährisch-Ostrau.

Wien, 22. Mai. Nach einer Blättermeldung aus Mährisch-Ostrau ereignete sich in einem neuen Schacht der Gewerkschaft Guttmann infolge einer Explosion schlagender Wetter ein Grubenunglück. Bisher wurden siebzehn Tote geborgen und eine Anzahl werden vermißt. Es wird behauptet, daß die Katastrophe politischen Ursprung habe.

---

uns wieder daran zu erinnern, daß die Äußerungen Wilsons heute von ihrem Urheber und seinen Verbündeten nur noch als ein „Fetzen Papier" betrachtet werden. Denn wenn Clemenceau in seiner Antwort ausführt, ein Unterschied zwischen dem deutschen Volke und seiner früheren Regierung könne nicht gemacht werden, so scheinen er, der Präsident der Vereinigten Staaten, und die ganze Entente nicht mehr zu wissen, daß Wilson in seinen Noten an die Regierung des Prinzen Max von Baden ausdrücklich einen Unterschied zwischen dem „deutschen Volke" und „den bisherigen Beherrschern Deutschlands" zu machen versprochen hat. In der Note Lansings vom 14. Oktober 1918 beispielsweise ist mit Nachdruck erklärt worden, „die ganze Durchführung des Friedens" werde davon abhängen, ob die Entente mit der deutschen Nation oder mit dem damals noch herrschenden Regiment zu verhandeln haben werde. Noch bestimmter und ausführlicher ist in der Note Lansings vom 24. Oktober gesagt, daß alles darauf ankomme, ob mit dem deutschen Volke oder „mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands verhandelt werden muß".

Die Fristverlängerung zugestanden?

Havas meldet: Man glaubt, daß die von den Deutschen verlangte Fristverlängerung zugestanden worden ist.

Wie sich Frankreich den weiteren Verlauf denkt.

Versailles, 22. Mai. Nach der Pariser Presse würde sich der weitere Verlauf der Verhandlungen — soweit man bisher von Verhandlungen sprechen kann — so gestalten, daß nach der am Mittwoch erfolgenden Übergabe des deutschen Gegenvorschlages die Alliierten 8 Tage brauchen würden, um diesen Gegenvorschlag zu prüfen. Nach dieser Prüfung, also am 29. Mai, würde von den Alliierten ein Ultimatum gestellt werden, ob die Deutschen nun den Vertrag zurückweisen oder ohne weitere Diskussion unterzeichnen wollen. Da die Abreise Wilsons auf den 5. Juni festgesetzt zu sein scheint, würde als Zeitpunkt für dieses Ultimatum der 4. Juni in Betracht kommen. Getreu ihrer bisherigen, vom Grafen Rantzau in seiner Unterredung am Sonnabend ja hinreichend gekennzeichneten Taktik stellen die Franzosen diesen Verlauf der Dinge und die deutsche Unterzeichnung als selbstverständlich hin.

Morgen früh um 7 Uhr sollen die Wasser von Versailles probeweise für die große Schaustellung der ersten Juniwoche springen — auch ein kleines Mittel, die Meinung zu verbreiten, als werde alles in Ordnung gehen, ebenso wie die Berichte über die Vorbereitungen im Spiegelsaal. Die Enttäuschung in Frankreich wird groß sein, wenn bis dahin der Vertrag nicht recht gründlich geändert ist, aber es sei täglich aufs neue festgestellt, daß an dieser Enttäuschung nur die französische Regierung und Presse Schuld sein werden, daß weder die deutsche Regierung, noch die Bevölkerung, noch die Delegation Anlaß zu der Meinung gegeben habe, der Vertrag könnte, wie er vorliege, von Deutschland unterzeichnet werden. Falls nicht inzwischen die Vernunft durchbricht, könnte diese erste Juniwoche eine böse Woche auch für Frankreich werden.

Scheidemann fordert Gleichberechtigung im Völkerbund.

Eine riesige Menschenmenge hatte sich am Mittwoch nachmittag von 5 Uhr ab zu der Protestkundgebung der Sozialdemokratischen Partei auf dem Wilhelmsplatz in Berlin eingefunden. Flugzeuge kreisten darüber und warfen eine Unmenge Flugblätter ab. Entgegen sonstigen Ansammlungen herrschte fast eine eisige Ruhe unter den Menschen, die Zeugnis gab, daß jeder sich im Innern mit dem Ernst der augenblicklichen Lage beschäftigte.

Als erster Redner führte Krüger aus, nur ein Frieden, der dem deutschen Volke Entwicklung, Freiheit und Versöhnung mit den anderen Völkern ermögliche, sei annehmbar. Wir wollen uns nicht vergewaltigen lassen und müssen dagegen als Deutsche fest zusammenstehen. Immer wieder stürmisch begrüßt von der unendlichen Volksmenge ergriff

Ministerpräsident Scheidemann

das Wort zu folgender Ansprache:

Während wir uns hier versammeln, werden in Versailles unsere Gegenvorschläge der letzten Überarbeitung unterzogen. Im Interesse der ganzen Menschheit hoffen wir, daß die Vorschläge den Frieden der Verständigung und der gemeinsamen Arbeit der Völker erleichtern werden. Ich glaube, es kann kein treffenderes Spiegelbild der Haltung des deutschen Volkes geben, als es dieser Augenblick darstellt. Während wir gegen die Vergewaltigung protestieren, arbeiten unsere Beauftragten in Versailles an der Verständigung. Das muß vor allem für unsere Partei die Richtschnur abgeben. (Sehr richtig und Bravo!) Mit Protestaktionen um des Protestes willen oder gar als Hilfsmittel für die Entflammung eines neuen Nationalismus haben wir nichts zu tun. (Bravo!) Protest, das ist die uns einmal aufgenötigte Form der Volkskundgebung. Aber sein wesentlicher Inhalt darf nicht zur Völkerentfremdung, sondern er muß zur Völkerversöhnung führen, darf nicht eine ewige Wiederholung des schweren Wortes: „Unannehmbar" sein, sondern muß zur Aufstellung eines annehmbaren Übereinkommens führen. (Bravo!) Über die Bedingungen unserer Feinde brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Sie bedeuten nicht Frieden, sondern Zertrümmern, wohl Waffenruhe, aber, wenn ich das bekannte Wort umändern darf, „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln". (Pfui!) Soll ein Volk dagegen nicht protestieren dürfen? Wären wir überhaupt andere Bedingungen wert, wenn wir gegen die Vorlage nicht protestieren würden? Könnte man uns als ehrliche, gesinnungstreue Mitglieder des künftigen Völkerbundes anerkennen, wenn wir ohne den stärksten Widerspruch eine Neugestaltung der Welt hinnehmen würden, die diesen Völkerbund unmöglich oder zu einer leeren Phrase machen müßte? (Lebhafte Rufe: Nein!) Wir wollen aber nicht nur gegen Vergewaltigung protestieren, sondern für die Völkerversöhnung demonstrieren. Wir sind keine Parvenus des Pazifismus, sondern seit Bestehen der Partei seine Kern- und Stoßtruppe. In der Betonung der Völkerversöhnung liegt der größte Wert unserer Kundgebung, den wir uns auch durch keine Verdächtigung der gegnerischen Presse rauben lassen wollen, als rege sich in diesen Tagen im neuen Deutschland der alte Nationalismus. Nichts von Revanche! Helfen Sie uns, daß die junge Republik ohne diese Erbsünde einer vergangenen Zeit in die Zukunft hinüberschreitet! Für die Völkerversöhnung haben Sie heute Ihre Stimme erhoben. Vereinigen Sie sich auch in den nächsten Tagen mit den unausgesetzten Bestrebungen der Regierung für den höchsten und wirksamsten Ausdruck der Völkerversöhnung, für den Völkerbund! (Bravo!)

Der amtliche französische Funkspruch von Lyon hat dieser Tage die Lüge verbreitet, Scheidemanns Erklärung gegen den Völkerbund finde in ganz Deutschland jubelnden Beifall. (Lebhafte Pfuirufe!) Genossinnen und Genossen! Ich weiß, daß ich nicht hier stehen und zu Ihnen reden könnte, wenn ich mich gegen den Völkerbund erklärt hätte. Völkerbund, das ist die soziale Gerechtigkeit ins Weltpolitische übertragen. Nur wenn es der Geist dieser Gerechtigkeit erzwingt, daß Deutschland mit dem Abschluß des Friedens als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen wird, nur dann kann von einem wahrhaften Frieden die Rede sein. (Sehr richtig!) Nur dann ist die Gemeinsamkeit gewährleistet, auf der allein der Wiederaufbau der Welt mit Erfolg durchgeführt werden kann, indem jedes Volk als Diener des Ganzen, aber auch als gleichberechtigter Kamerad nach seinen Kräften zu diesem Wiederaufbau beiträgt. (Sehr richtig!) Heute ist der Völkerbund keine Utopie mehr, sondern eine Notwendigkeit. Nicht einzelne Paragraphen des vorliegenden Vertrages gilt es zu bekämpfen, sondern seinen Geist, und dieser Geist läßt sich nicht ausstreichen durch einseitig nationale Forderungen, sondern einzig und allein durch internationale, durch

die Weltforderung nach dem einen einigen und einigenden Völkerbund.

(Bravo!) Alles, was über die Bedingungnen des Friedensvertrages zu sagen ist, will ich in zwei Sätze zusammenfassen: Man nimmt uns Land, man nimmt uns Kohlen. (Stürmische Pfuirufe.) Wir sollen unsere Schiffe abliefern, wir sollen sozusagen alles, was wir noch haben, hergeben und dann auf ewige Zeiten der Sklave anderer Völker sein. (Stürmische Pfuirufe.) Dagegen erheben wir Protest. Wir haben uns verpflichtet, vieles gut zu machen, was durch diesen furchtbaren Krieg zugrunde gerichtet wurde. (Sehr richtig.) Aber mehr als das können wir nicht. (Rufe: Nein, nein!) Mehr als das können wir uns auch nicht verpflichten zu tun. Die Voraussetzung für ein neues Europa, für eine neue Welt, für ein Deutschland, das wieder leben kann, ist der Völkerbund und die Aufnahme Deutschlands in diesen Bund. Und so bitte ich Sie alle, das, was Sie bewegt, was Sie wollen, mit mir zusammmenzufassen in den einen Ruf:

Es lebe der Völkerbund!

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190523-13/fragment/page=0007
DFG